Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 226. Mittwoch den 27. September 1848.

An die geehrten Zeitungs-Leser.

Die Pränumeration auf die Breslauer Zeitung und die Schlesische Chronik für das nächste Vierteljahr — Oktober, November, December — beliebe man so zeitig zu veranlassen, daß vor dem 1. Oktober auch von auswärts die Bestellungen durch die nächste Post-Behörde bei dem hiesigen königl. Ober-Post-Amte eingegangen sind. — Der vierteljährliche Pränumerations-Preis für die Breslauer Zeitung ist am hiesigen Orte **1 Rtlr. 15 Sgr.**, für die Schlesische Chronik **12½ Sgr.**; auswärts kostet die Breslauer Zeitung inclusive Porto und Stempel **1 Rtlr. 24 Sgr. 6 Pf.** Die Schlesische Chronik allein kostet auswärts **18 Sgr. 3 Pf.** und in Verbindung mit der Breslauer Zeitung **2 Rtlr. 10 Sgr.**

Die hiesigen Abonnenten wenden sich gefälligst an die unterzeichnete Expedition, Herrenstraße Nr. 20, oder an eine der nachbenannten Commanditen:

Albrechtsstraße Nr. 53, bei Herrn Schuhmann.
Breitestraße Nr. 40, bei Herrn Steulmann.
Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Rösner.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 5, bei Hrn. Herrmann.
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 9, bei Hrn. Schwarzer.
Goldene Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.
Gräbschner Straße Nr. 1 a, bei Herrn Junge.
Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.
Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Spring.
Königsplatz Nr. 3b bei Herrn F. Germershausen.
Matthiasstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tietze.
Nikolaistraße Nr. 69, bei Herrn Geiser.
Ohlauer Straße Nr. 6, bei Herren Gebr. Friederici.
Ohlauer Straße Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.
Ohlauer Straße Nr. 17, bei Herrn Thiel.
Reuschestraße Nr. 1, bei Herrn Neumann.
Reuschestraße Nr. 12, bei Herrn Eliason.
Reuschestraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.
Ring Nr. 6, bei Herren Josef Max u. Komp.
Ring Nr. 30, im Anfrage- und Adreß-Büreau.
Rosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.
Sandstraße Nr. 12, bei Herrn Hoppe.
Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyser.
Schweidnitzerstraße Nr. 36, bei Herrn Stenzel.
Schweidnitzerstr. Nr. 50, bei Herrn Scholz.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4, bei Herrn Böncke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6, bei Herrn Lorcke.
Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.
Tauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.
Tauenzienstraße Nr. 77 bei Herrn C. F. Schwarz.
Weidenstraße Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 15—19. (405—409.) Bogen des 14. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 182. 183. Frankf. Bg. 224—226.

Der durch die Zeitungen bereits veröffentlichte, von der Nationalversammlung fast einstimmig mit Genugthuung aufgenommene Erlaß des Kriegsministers an die Armee vom 23. September giebt von Neuem unzweifelhaftes Zeugniß dafür, daß die Staatsregierung, ihrer konstitutionellen Verpflichtung getreu, die Freiheit der Nation und die Würde der Krone gleich sehr zu schützen entschlossen ist und jedem reaktionären Streben fern steht.

Um so gerechtfertigter ist mein Vertrauen, daß die Einwohner der Provinz allen anarchischen und republikanischen Bestrebungen, allen Aufreizungen und grundlosen Verdächtigungen widerstehen werden. Sollte dies Vertrauen getäuscht werden, so wird die Staatsregierung gestärkt durch das Bewußtsein, nur der wahren Freiheit zu dienen, Gesetz und Ordnung mit aller Macht aufrecht zu erhalten wissen.

Breslau, den 26. September 1848.
Der Oberpräsident der Provinz Schlesien.
Pinder.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 25. September.)

Der Vicepräs. Phillips führt den Vorsitz. Nachdem das Protokoll verlesen, werden einige Urlaubsgesuche bewilligt, unter welchen die der Herren Hansemann und Kühlwetter aus Gesundheitsrücksichten. Der Abgeordnete Grebel theilt der Versammlung mit: daß sich eine Menge von Schutzmännern in dem Versammlungshause befinden, die Versammlung habe durch früheren Beschluß sich unter den Schutz der hiesigen Bürger begeben. Der Präsident erwiedert, daß er bereits Befehl gegeben habe, daß die Konstabler das Haus verlassen sollten. Auf seine Bitte geht der Vice-Präsident v. Unruh hinaus, um sich zu überzeugen, ob noch Konstabler anwesend. Es ist dies nicht der Fall.

Vom Minister-Präsidenten ist ein Schreiben eingegangen, nach welchem der Chef-Präsident des Oberlandesgerichts zu Naumburg, Hr. Kisker, von Sr. Majestät zum Justizminister ernannt ist.

v. Unruh stellt den Antrag: der Parschen Interpellation den Vorrang vor allen übrigen Gegenständen einzuräumen. Die Majorität erklärt sich dafür. — Par führt seine Interpellation ein; er macht auf die Mißstände der etwa reaktionären Stellung des Heeres aufmerksam und weist darauf hin, wie dies ein Hemmschuh der deutschen Einheit und wie Preußen auch hierin seine Aufgabe erfüllen müsse. Die Interpellation selbst lautet: „Ich frage das hohe Ministerium, welche Stellung es in Bezug auf die nach dem Antrage der Abg. Stein und Schulze von der National-Versammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse eingenommen; ob es zur Ausführung derselben bereits Schritte gethan, oder, wenn nicht, diese überhaupt zu thun gedenke."

Minister-Präsident v. Pfuel: In Bezug auf die Beschlüsse der Versammlung theile ich mit, daß durch den Kriegsminister v. Schreckenstein bereits ein (auch in der Bresl. Ztg. mitgetheiltes) Schreiben an die General-Kommando's am 13. September erlassen ist. Der gegenwärtige Kriegsminister hat am 23sten d. M. das Programm des Ministeriums den kommandirenden Generalen mitgetheilt und dabei folgendes Reskript an die General-Kommandos erlassen:

„Circulare an die General-Kommando's, die General-Inspektion der Artillerie und der Festungen, das Gouvernement hier, die Militär-Gouvernements in Mainz und Luxemburg, die Inspektion der Jäger und Schützen und den General der Kavallerie v. Wrangel:

In Folge meiner Ernennung zum Minister-Präsidenten und Kriegs-Minister beehre ich mich einem 2c. 2c. hierbei das Programm des neuen Ministeriums ergebenst zu übersenden. Se. Majestät der König haben Sich bereits in dem Armeebefehl v. 1. Mai d. J. über die Stellung auszusprechen geruht, welche die Armee bei den veränderten Verhältnissen des Staats einzunehmen habe. Auch hat mein Amtsvorgänger, der General-Lieutenant Freiherr v. Schreckenstein wiederholentlich und zuletzt in dem Erlasse v. 13. d. Mts. erklärt, daß die Regierung Sr. Majestät reaktionäre Tendenzen überall nicht hege, und den eingeschlagenen Weg konstitutioneller Entwickelung mit redlichem Willen verfolgen werde. Zugleich ist dabei auch auf die Nothwendigkeit von ihm hingewiesen worden, in diesem Sinne durch alle Instanzen auf die Untergebenen angemessen einzuwirken.

Einverstanden mit diesen Ansichten und entschlossen reaktionäre Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich ein 2c. 2c. das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militär nach Kräften zu fördern, und wo sich reaktionäre Bestrebungen wider Erwarten bei den Wohldemselben untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegenzutreten. Ein 2c. 2c. wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohldemselben untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen. Dieselben sind sogleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach dem von Sr. Majestät der National-Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe gleich den Civil-Beamten zur Aufrechterhaltung der Verfassung §. 3. eidlich werden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle anti-konstitutionellen Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Offiziers in der Armee unverträglich sind, im Widerspruch stehen würden.

Je schwieriger die Lage des preußischen und des gesammten deutschen Vaterlandes ist, desto nothwendiger ist ein einmüthiges Zusammenwirken aller gesetzlichen Gewalten, desto mehr muß selbst der Schein einer Spaltung vermieden werden, um den Feinden des Vaterlandes jeden Vorwand, jede Hoffnung zu benehmen, um das gesäete Mißtrauen zu entfernen und allen Unbefangenen die Ueberzeugung zu gewähren, daß die von unserem Könige angebahnte freie Entwikkelung des konstitutionellen Staats von der vaterländischen Kriegsmacht nicht bedroht, sondern geschützt wird.

Ich erkenne vollständig die Schwierigkeit der Aufgabe, die ich mit dem von Sr. Maj. mir anvertrauten Amte übernommen habe, halte mich aber überzeugt, daß ein 2c. 2c. sowohl als die unter Wohldessen Befehl stehenden Offiziere, bewährt in Treue und Liebe zu König und Vaterland, mit mir nach demselben Ziele streben werden.

Berlin, den 23. September.

Der Kriegs-Minister
(gez.) **v. Pfuel.**

Par: Er ersehe, daß im Allgemeinen die Beschlüsse der hohen Versammlung ausgeführt, nur zweierlei falle ihm auf, was er im Augenblick erfaßt habe. Zuerst habe Stein einen Erlaß an die Armee, nicht einen Erlaß an die General-Kommandos beantragt, und zweitens ist darin, so viel er verstanden habe, von der Zeit die Rede, wo das Heer auf die Verfassung verpflichtet werden solle, nicht aber von der gegenwärtigen. — v. Pfuel bemerkt, daß dies die gewöhnliche Art sei, einen Armeebefehl zu erlassen. — Par beantragt die Eröffnung der Diskussion, welche beschlossen wird. — Baumstark erbittet sich bei dieser Gelegenheit das Wort zur Fragestellung und bemerkt alsdann, daß er ein Amendement stelle: die Versammlung möge sich mit dem Erlasse einverstanden und die Sache für erledigt erklären. Es wird bemerkt, daß dies ein Antrag und kein Amendement sei. — v. Unruh: auch er habe gezeigt, daß er Achtung vor der Majorität habe, er verwahre sich gegen ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum, das man aus seiner Erklärung folgern wolle. Er macht darauf aufmerksam, daß die eigentliche Veranlassung zu dem Beschluß in der Absicht gelegen habe, die Spanuung zwischen Armee und Volk zu beseitigen und eine Einigkeit herbeizuführen zwischen der Krone und der National-Versammlung, und dem Volke und dem Heere. Die in dem Steinschen Antrage enthaltene Warnung finde sich auch in dem Erlaß, eben so ist die Vermeidung von Kollisionen ausgedrückt, wie auch Stein beantragt, dahin zu wirken, daß das gute Einvernehmen zwischen Heer und Volk hergestellt werde. Nächstdem ist auch der dritte Satz des Steinschen Antrages, die Verwirklichung des

konstitutionellen Rechtszustandes herbeizuführen, in dem Erlaß mit andern Worten enthalten. Auch das Schulzsche Amendement sei dadurch ausgeführt, daß das Kriegsministerium erkläre, es werde reaktionäre Tendenzen nicht dulden, es sei mit der Stellung eines Offiziers unverträglich, antikonstitutionelle Gesinnungen zu hegen. Den Einwand des Kollegen Pax in Betreff der erst durch den Eid eintretenden Verpflichtung zur Befolgung des Reskriptes theile er nicht. Der Zustand sei in dem Augenblicke ganz derselbe, wie nach Leistung des Eides. — Schulze (Wanzleben) erklärt sich mit v. Unruh einverstanden und wünscht nur, daß dieselbe Form dazu gewählt worden wäre, welche die „stylistischen Uebungen des Herrn Wrangel und des Grafen Brandenburg“ an sich trügen. — Parisius ist befriedigt durch den Erlaß, der den Beschluß der Versammlung ausführe und hält auch die Form für die richtige. — Stein beantragt den Schluß der Debatte, indem er für den Schluß spricht, bemerkt er, **daß er sich freue, daß das Ministerium den Beschluß der Versammlung ausgeführt habe, während ein anderes dies verweigern zu müssen geglaubt habe.** v. Berg ist gegen den Schluß, seiner Ansicht nach müßte der Kriegsminister noch eine Erklärung über die Stellung der Armee in dem Zwischenzustande abgeben. Die Debatte wird geschlossen, nachdem sich die Versammlung mit an Einstimmigkeit gränzender Majorität dafür erklärt hatte. — Baumstark zieht seinen Antrag zurück und Berends beantragt den Druck des Erlasses, welchem Antrage die Versammlung beitritt.

Stein's schleuniger Antrag vor der Tages-Ordnung: „Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das hohe Staats-Ministerium die Noten und Schriften, welche

1) zwischen dem Ministerium Camphausen und dem ehemaligen Bundestagsgesandten;
2) zwischen dem Ministerium Auerswald und der deutschen Centralgewalt, resp. dem Reichs-Ministerium zu Frankfurt a. M. gewechselt worden sind,

namentlich alle diejenigen Noten und Schriften, die auf die Huldigung des Heeres am 6. August d. J. Bezug haben, — zur Kenntnißnahme der Versammlung mittheile,

erhält nicht die Priorität vor der Tages-Ordnung. — Temme beansprucht die Priorität vor den übrigen Anträgen für die Brillsche Interpellation und erhält diese. Brill verliest seine Interpellation wegen der Bekanntmachung des kommandiren General des 6ten Armeekorps, Grafen von Brandenburg, aus welcher hervorgehe, daß eine förmliche Militär-Regierung nicht nur in den Marken, sondern auch in den übrigen Provinzen beabsichtigt werde.

Brill stellt folgende Fragen an das Staats-Ministerium:

1) Sind neuerdings Kabinets-Ordres oder ministerielle Instruktionen erlassen, nach denen

a) das Militair ohne Weiteres nur auf Anordnung der Militairbehörden ausrückt, sobald Militair-Personen bedroht werden;
b) nach denen das Militair unmittelbar einschreitet, wenn die Polizeibehörde oder die Bürgerwehr gar keinen oder ungenügenden Schutz gewährt;
c) nach denen also nur der Militairbehörde die Beurtheilung darüber zusteht, ob die Polizeibehörde oder die Bürgerwehr genügenden oder ungenügenden Schutz gewährt;
d) nach denen der kommandirende General in der Provinz nur unter seiner Verantwortung die Ruhe und Ordnuug überall unter Anwendung der gesetzlichen Mittel herzustellen, die Verantwortung der Civilbehörde aber, in diesem Falle des Ober-Präsidiums in der Provinz, ausgeschlossen bleibt;
e) nach denen der kommandirende General **allein mit Umgehung** des königl. Ober-Präsidiums eine Warnung an alle Bewohner der Provinz ergehen läßt, sich von dem sogenannten wühlerischen Treiben nicht hinreißen zu lassen.

2) Wenn solche der Nationalversammlung unbekannte Kabinets-Ordres oder ministerielle Instruktionen nicht erlassen worden sind, was gedenkt das Kriegs-Ministerium dieser auf kein Gesetz sich gründenden Bekanntmachung des kommandirenden Generals Grafen v. Brandenburg gegenüber zu thun?

Der Kriegs-Minister (v. Pfuel) erklärt: **daß er von der Bekanntmachung des General Grafen Brandenburg nicht unterrichtet und daß er die Interpellation in der ersten Sitzung der nächsten Woche beantworten werde.** — Ein dringlicher Antrag von Räntsch in Betreff der Gemeinheitstheilung der Stadt Tempelburg wird in die Abtheilung verwiesen. — Ein Antrag von Jacobs findet keine Unterstützung.

Nees v. Esenbecks Interpellation: der Justiz-Minister möge, in Erwägung, daß das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit dem Volke in einem Augenblick hätte vorenthalten werden sollen, erklären, wann dieses Gesetz und zwar in der kürzesten Frist Gesetzeskraft erhalten werde; — wird von allen Fraktionen unterstützt und die Einbringung vor der Tagesordnung gestattet. Zur Motivirung führt der Interpellant an: das Gesetz war ein dringendes Bedürfniß. Vielleicht hat man damit gezögert, ihm Gesetzeskraft zu geben, weil man geglaubt hat, es beziehe sich hauptsächlich auf gemeine Verbrechen. Allein es geht durch das Volk eine Art von Verbrechen, welche durch die Revolution eine gewisse Sanction erlangt hat. (Bewegung.) Es sind dies die politischen Verbrechen. Und es mögen sich Viele an das Herz fühlen, ob sie in diesem Augenblick sich noch sicher genug wissen, um der Garantien jenes Gesetzes nicht zu bedürfen. Viele fühlten sich berufen, im Geiste der Freiheit zu reden, zu schreiben und zu handeln. Man glaubte das alte Gesetz vergraben, und jetzt ist es erwacht aus seinem Scheintode und straft und verhaftet nach seiner alten Natur. Jeder, der es wohl meint mit der Nation und Aufregung verhindern will, wird mit mir einig sein, daß eine Schutzwehr schleunigst geschaffen werden muß. — Justiz-Minister Kisker: **ich habe mitzutheilen, daß die Sanction des Gesetzes durch die Gesetzsammlung in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird.**

Nees v. Esenbecks zweite schleunige Interpellation: ob das Ministerium das von dem abgetretenen Ministerium eingebrachte Gesetz zur Beschränkung des freien Versammlungsrechtes bei der Nationalversammlung zu vertreten gewillt sei? wird nur von der Linken und von Wenigen aus dem Centrum unterstützt. In Betreff der beantragten Einbringung vor der Tagesordnung erklärt der Präsident das Resultat der Abstimmung anfänglich für zweifelhaft, später nimmt er die Minorität an, und da inzwischen mehrere Mitglieder sich erheben, die Majorität. Als die Dringlichkeit hiernach für festgestellt erachtet werden soll, erhebt sich tumultuarischer Widerspruch von der Rechten. Der Präsident beruft sich auf das Bureau für das Vorhandensein der Majorität. Schriftführer Schneider bestätigt dies und beantragt: Diejenigen, die sich gegen die Entscheidung des Präsidenten auflehnen, zur Ordnung zu verweisen. Neuer Tumult. Viele Redner sprechen für und gegen die Entscheidung des Präsidenten. Nees v. Esenbeck erklärt, damit die Zeit durch unnütze Streitigkeiten nicht verloren gehe, die Interpellation für heute zurückziehen zu wollen.

Es wird hierauf auf den Antrag von Ostermann und Genossen der Beschluß gefaßt, **daß der Gesetzentwurf vom 20. Juli d. J., betreffend die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen, unmittelbar nach Berathung des Bürgerwehr-Gesetzes und des Gesetzes wegen Aufhebung der Jagdservituten in denjenigen Sitzungen zur Berathung komme, welche nicht zur Berathung der Verfassungs-Urkunde bestimmt werden.**

Endlich kommt der Kommissons-Bericht über einige zur Geschäftsordnung eingegangene Abänderungsvorschläge zur Berathung. Der Referent (Hildenhagen) verliest den Bericht. Vorschläge zu §§ 26, 29 und 43 über Einbringung und Priorität von Anträgen und Interpellationen werden ohne Diskussion angenommen; eben so zu § 46 und 52 folgende Zusätze beschlossen: „Bei der Berathung der Verfassungsurkunde wird jeder einzelne Artikel wie ein Gesetzvorschlag und jeder Abschnitt eines Artikels wie ein besonderer Artikel eines Gesetzvorschlages behandelt. — Giebt die Abstimmung durch Zählung eine Differenz von weniger als 15 Stimmen, so kann auf namentliche Abstimmung angetragen werden.“ — Zwei Anträge von Schneider (Jauer) werden durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

In Betreff des Redevorrechts der Minister bestimmt § 39 (Geschäftsordnung): „Die Minister und ihre Vertreter können sofortige Zulassung zum Worte verlangen.“ Die Kommission schlägt vor, in Betreff der Redeordnung den Schlußsatz vom § 97 dahin zu fassen, daß Antragsteller und Berichterstatter jedenfalls das letzte Wort haben, außerdem nur Diejenigen gehört werden sollen, welche zur Fragstellung, Geschäftsordnung oder zur Berichtigung einer Thatsache reden wollen. Minister von Bonin bemerkt: es werde hierdurch eine größere Beschränkung für die Minister als für die Mitglieder vorgeschlagen. Temme: Unser Geschäftsreglement giebt dem Ministerium größere Prärogative, als irgend ein Reglement eigentlich constitutioneller Staaten. — Minister v. Bonin: Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, eine Prärogative ansprechen zu wollen. Ich will nur, daß die Minister, welche Vorlagen machen, in solchen Fällen als Antragsteller betrachtet werden. — Temme: Jede Vorlage der Minister geht in die Kommission und wird von dieser zum Vortrage gebracht. Die Kommission ist dann der Antragsteller. — Kühnemann stellt als Amendement den Zusatz: „Rücksichts der Regierungsvorlagen haben die Minister das Recht des Antragstellers.“ Abstimmung: die Majorität für den Antrag der Kommission mit Hinzufügung des Kühnemannschen Zusatzes. — Auf Lisieckis Antrag wird zu § 47 noch folgende Einschaltung beliebt: „Der Präsident der Versammlung ist gehalten, bevor er einen Beschluß über den beantragten Schluß einer Debatte herbeiführt, die Versammlung mit der Anzahl der Redner, die sich zum Worte, welches ihnen etwa durch den Beschluß abgeschnitten werden soll, gemeldet haben, bekannt zu machen.“ Einige weitere Vorschläge der Kommission und des Abgeordneten Fleischer werden verworfen und auf Baumstarks Antrag beschlossen, einen neuen Abdruck der Geschäftsordnung mit Aufnahme der beschlossenen Abänderungen und Zusätze zu veranlassen.

Auf der Tagesordnung findet sich noch Fortsezzung der Berathung des Bürgerwehrgesetzes. Viele Mitglieder haben ihre Plätze bereits verlassen. Vicepräsident Phillips bemerkt: die heutige Sitzung war von einer so hohen Bedeutung, die Verhandlungen haben einen so tiefen Eindruck gemacht, sie haben so ungewöhnliche Anstrengungen erfordert (oho! von der Rechten), daß es mir angemessen scheint, diese Sitzung, über welcher der Genius unseres Vaterlandes versöhnend geschwebt hat, nicht durch die trockene Diskussion des Bürgerwehrgesetzes zu verlängern. Ich frage die Versammlung, ob sie den Schluß der Sitzung wünscht? Fast einstimmig wird der Schluß beliebt. (Schluß $1\frac{1}{2}$ Uhr.)

Berlin, 25. Sept. [Amtl. Art. des Staats-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Post-Direktor Gürtler zu Jauer und den katholischen Pfarrern Knoblich zu Neustadt und Schuch zu Roben, im Regierungs-Bezirk Oppeln, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Stadt-Förster Jaeger zu Langensalza und dem Polizei-Sergeanten H. J. Moll zu Köln das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Abgereist: Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Pinder, nach Breslau.

Berlin, 24. September. Die Deputation der Stadtverordneten-Versammlung (s. gestr. Bresl. Ztg.), der sich der Magistrat nun doch noch angeschlossen, hat heute Vortritt bei dem Ministerpräsidenten gehabt und scheint von dem Resultate der Unterredung sehr befriedigt. — Hr. v. Pfuel hat verheißen, alle Wünsche der Deputation dem Könige vorzulegen, und falls sie auf diesem Wege nicht geneigtes Gehör finden sollten, der Deputation selbst noch heute eine Audienz beim Könige zu verschaffen. Außerdem hat der Herr Minister-Präsident beruhigende Zusicherungen in Betreff des Wrangel'schen Armeebefehls gegeben und erklärt, daß es ganz bei den früheren Bestimmungen in Betreff der Requisition des Militärs bliebe. Ueberhaupt sei er und das Ministerium gesonnen, durchaus mit der Nationalversammlung zu gehen, und werde daher auch morgen der Kammer seine Bereitwilligkeit zur Ausführung des Stein'schen Antrages erklären. Er persönlich habe nur das schwere Amt in seinem hohen Alter zum Besten des Vaterlandes übernommen: sollte aber der konstitutionelle Weg verlassen werden, werde er auf der Stelle sein Amt niederlegen.

Das Kommando der Bürgerwehr hat an den General der Kavalerie v. Wrangel, in Folge seines Armeebefehls vom 17. d. Mts. folgende Anfrage übersandt:

„Ew. Excellenz erlaubt sich das unterzeichnete Kommando folgendes vorzutragen: In seiner Stellung, an der Spitze der Bürgerwehr Berlins, die nun seit sechs Monaten unermüdlich die Ordnung und die Freiheit der Stadt geschützt hat, glaubt es, aufgefordert von vielen Seiten, die volle Berechtigung hierfür zu haben. — Freudig und mit ganzem Herzen sind Ew. Excell., als der siegreiche Feldherr der deutschen Reichstruppen unter uns begrüßt und die Worte, die der Kommandeur in dieser Beziehung an Sie zu richten die Ehre hatte, ist er gewiß, Namens der gesammten Bürgerwehr ausgesprochen zu haben. — Um so mehr hält es aber das Kommundo für Pflicht, Ew. Excell. offen und unumwunden zu sagen, daß es die Rechte der Bürgerwehr, welche die Stütze unserer Freiheit sein soll und nöthigenfalls sein wird, ungeschwächt aufrecht erhalten wissen will. — Ich muß daher die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf Ihren durch die Tagesblätter veröffentlichten Armeebefehl vom 17. Sept. d. J. lenken. — In demselben wird die Erwähnung der Bürgerwehr, dieses aus unserer Revolution hervorgegangenen Institutes, vermißt. Ew. Excellenz erklären zwar: „Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen.“ Es dürfte wohl anzunehmen sein, daß Sie hier unter guten Bürgern „die Bürgerwehr“ verstehen wollen, allein wörtlich ausgesprochen ist es nicht. Eben so wenig sprechen Sie aus, wer da beurtheilt, ob die Kräfte dieser guten Bürger ausreichen — ob die unter Ihren Befehlen stehenden Truppen nur einschreiten, wenn sie von dem städtischen Sicherheitsausschusse oder dem Kommando der Bürgerwehr — wie dies garantirt ist — requirirt werden — oder aber, ob auch ein ganz selbstständiges Einschreiten der Militärmacht in Aussicht gestellt wird. — Nachdem Ew. Excellenz gestern öffentlich ausge-

sprochen und wiederholt versichert, daß Sie nicht gegen die Freiheit, sondern zum Schutze derselben, kämen und keine Reaktion wollten, zweifle ich zwar nicht, daß die Stelle Ihres Befehls vom 17ten d. J. dahin auszulegen sei, — daß unter guten Bürgern „die Bürgerwehr" zu verstehen, und daß die Militärmacht nur dann einschreiten wird, wenn die Bürgerwehr durch ihr Organ, das Kommando, — oder die Kommunal-Behörde durch das ihre, den städtischen Sicherheitsausschuß erklären: „ein solches Einschreiten sei nothwendig." — In dieser Beziehung jedoch würde eine offizielle Interpretation Ihres Befehls ungemein zur Beruhigung der hier allerdings sehr aufgeregten Gemüther dienen und im Interesse der Sache, wie Namens der Bürgerwehr, erlaube ich mir daher Ew. Excellenz zu ersuchen:

dem Kommando der Bürgerwehr sobald als möglich mitzutheilen, wie Sie selbst jene Stelle Ihres Befehls ausgelegt wissen wollen.

Ew. Excellenz möge in meiner Bitte nichts weiter sehen, als den wahren Ausdruck meiner Sorge für das Wohl unseres theuren Vaterlandes, sowie für die durch Se. Majestät dem Könige der Bürgerwehr Berlins verliehenen Rechte.

Berlin, den 21. September 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr.
Rimpler.

Hierauf ist folgende Antwort eingegangen:

Ober-Kommando in den Marken, Hauptquartier Charlottenburg, den 23. Sept. 1848.

An Ein hochlöbliches Kommando der Bürgerwehr zu Berlin.

Einem hochlöblichen Kommando der Bürgerwehr zu Berlin erwidere ich ganz ergebenst auf dessen geehrtes Schreiben vom 21. d. M., daß ich mich jetzt, nachdem über meinen Armeebefehl vom 17. d. M. in der Nationalversammlung debattirt und entschieden worden ist, außer Stande fühle, auf die in derselben Beziehung an mich gerichteten Fragen einzugehen, vielmehr in meiner gegenwärtigen Stellung auf die durch den Druck bekannt gemachten, hierauf bezüglichen Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten verweisen muß. — Hätte ich Wohldessen geehrtes Schreiben früher erhalten, so hätte ich mit besonderem Vergnügen diese Veranlassung benutzt, jede an mich gerichtete Frage speciell zu beantworten und zwar mit derselben Offenheit, mit der ein hochlöbliches Kommando sich gegen mich ausgesprochen hat, denn Offenheit erweckt Vertrauen, und dessen habe ich nie mehr bedurft, als in meiner jetzigen Stellung. Möge die verehrliche Bürgerwehr der Stadt Berlin, welche sich in ihrem schweren Beruf schon vielfach bewährt hat, möge sich dieselbe versichert halten, daß ich mich nur im Gesetz bewegen werde, wie es Pflicht eines Jeden ist, der sein Vaterland achtet und liebt, und wie ich es mehr als einmal in Gegenwart vieler Oeffiziere der dortigen Bürgerwehr am 20. d. M. nach der abgehaltenen Parade über die Garnison von Berlin öffentlich gelobt habe. — Der Oberbefehlshaber in den Marken von Wrangel.

Das Kommando der Bürgerwehr vermißt in diesem Schreiben die gewünschte ausdrückliche Beantwortung seiner Anfrage, und hat deshalb sofort die nöthigen Schritte gethan, um diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Berlin, den 24. September 1848.

Das Kommando der Bürgerwehr.
Rimpler.

† **Berlin**, 25. Sept. [Ein Schreiben des Staats-Ministeriums.] Sie werden bereits erfahren haben, daß die Hansemannschen Finanz-Vorlagen durch das jetzige Ministerium manche Modifikationen erleiden sollen. Durch folgendes Schreiben wird der Gesetz-Entwurf über Erhöhung der Branntweinsteuer zurückgezogen:

„Mit der königlichen Botschaft vom 10. Juli d. J. ist der zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung berufenen Versammlung der Entwurf eines Gesetzes, wegen Erhöhung der Rübenzucker- und Branntwein-Steuer zur Erklärung vorgelegt, hierauf in der Plenar-Sitzung vom 2. d. Mts. der Art. 1 jenes Entwurfs angenommen, die Berathung über den Artikel 2 dagegen auf den 8. d. Mts. vertagt. Die nach dem letzteren Artikel projektirte Erhöhung der Branntweinsteuer um die Hälfte des bisherigen Satzes war nach den, der Versammlung gewordenen Mittheilungen zur Zeit der Vorlage des Gesetzes nothwendig, weil es darauf ankam, für die zu befürchtenden Steuerausfälle, sowie für mannigfache Mehr-Ausgaben einen wenn auch nur theilweise ausreichenden nachhaltigen Ersatz schon von diesem Jahre ab zu gewinnen. In dieser Beziehung steht jedoch zu hoffen, daß die Verhältnisse sich günstiger gestalten werden, so zwar, daß diejenigen Mittel ausreichen dürften, welche durch die freiwillige Staats-Anleihe und vermittelst des der Versammlung vorgelegten Gesetzes, die Zwangs-Anleihe betreffend, für das laufende Jahr beschafft werden sollen. Die Branntweinsteuer durfte aber auch nach Inhalt der Motive des Gesetzes vor allen andern Steuern als zur Erhöhung besonders geeignet angesehen werden; namentlich eine Benachtheiligung des Brennerei-Gewerbes insofern nicht füglich zur Folge haben, als eine Konkurrenz des Auslandes gar nicht stattfindet, vielmehr bedeutende Quantitäten Spiritus gegen Ersatz der erlegten Steuer nach dem Auslande ausgeführt werden. Nur ein Bedenken ist in dieser Beziehung gegen die Erhöhung erregt: daß die kleineren und mittleren Brennereien durch dieselben erheblich leiden würden, und es ist in Folge dessen die Einführung einer Steuer-Skala beantragt. Wiewohl die Regierung dies Bedenken nicht in dem behaupteten Maaße zu theilen vermag, so hat sie es doch für ihre Pflicht gehalten, diesen für das Brennerei-Gewerbe höchst wichtigen Antrag in reifliche Erwägung zu nehmen. Hierbei hat sich aber herausgestellt, daß die vorhandenen statistischen und sonstigen Nachrichten über den Brennereibetrieb nicht ausreichen, um die Wirkungen vollständig zu übersehen, welche eine verschiedenartige Besteuerung der Branntweinbrennereien je nach dem Umfange ihres Betriebes herbeiführen möchte, und wiewohl zu diesem Zwecke Erörterungen angestellt sind, so wird deren Resultat doch nicht sobald zu erlangen sein, um dasselbe noch rechtzeitig benutzen zu können, in welcher Beziehung nicht übersehen werden darf, daß Preußen mit mehreren andern Staatrn in Bezug auf Branntweinsteuer in Gemeinschaft steht, deren alsbaldige Benachrichtigung über die diesseitigen Beschlüsse demnach dringend erforderlich ist. Hierzu kommt aber ein anderer höchst gewichtiger Umstand. Bei dem Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten sind neuerlich Nachrichten eingegangen, wonach die seit einigen Jahren gefürchtete Kartoffelkrankheit auch in diesem Jahre bedeutende Verheerungen anrichten wird, was mehr oder weniger namentlich für Pommern, Brandenburg, Sachsen, Rheinland und Westfalen zu fürchten ist, während über Schlesien und Posen jetzt zuverlässige Nachrichten noch nicht eingegangen sind. Muß zugegeben werden, daß die Spiritus-Ausbeute in den Jahren, wo sich die Kartoffelkrankheit gezeigt hat, verhältnißmäßig geringeringer gewesen ist, kann überdies nicht verkannt werden, daß jede Steuer-Erhöhung so lange bis der Betrag der Erhöhung zu einem festen Faktor des Preises geworden ist, ihre, wenn auch bald überwundenen, so doch unvermeidlichen Nachtheile für das von der Steuer betroffene Gewerbe hat, so könnte das Zusammentreffen der Kartoffelkrankheit mit der Steuer-Erhöhung den zahlreichen auf Branntweinbrennerei angewiesenen Landwirthen nicht allein große Verlegenheiten und Nachtheile bereiten; die Erhöhung der Steuer würde vielmehr auch, um diese Nachtheile zu vermindern, dahin führen, gesunde, eine größere Spiritus-Ausbeute gewährende Kartoffeln in großen Mengen in Branntwein zu verarbeiten, mithin die menschlichen Nahrungsmittel erheblich zu vermindern und die Preise der Kartoffeln zu steigern. Unter diesen Umständen hat das unterzeichnete Staats-Ministerium nicht anstehen dürfen, den Artikel 2 des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhöhung der Branntweinsteuer, für jetzt zurückzuziehen, und beehrt sich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst zu ersuchen, von dem diesfälligen mit allerhöchster Genehmigung gefaßten Beschlusse die Nationalversammlung geneigtest zu benachrichtigen und wegen des Beschlusses über den Gesetzentwurf, so weit er die Erhöhung der Rübensteuer betrifft (Art. 1), das Weitere bald gefälligst veranlassen zu wollen. — Berlin, den 21. September 1848. Das Staats-Ministerium. v. Pfuel. Eichmann. v. Bonin. Dönhoff.

An den Präsidenten der National-Versammlung Herrn Grabow, Hochwohlgeboren hier.

□ **Berlin**, 25. Sept. [Tages-Bericht des Correspondenz-Büreaus.] Der heutige Morgen fand Berlin in einer solchen Erregtheit, die großen entscheidenden Momenten voranzugehen pflegen. Man verhehlte es sich nicht, daß in wenigen Stunden ein Kampf in den friedlichen Straßen beginnen könne, man war darauf vorbereitet. Die Bürgerwehr hatte ihre Meinung in einem **Plakate ihres Kommandeurs ausgesprochen, in welchem derselbe erklärte, die Beschlüsse der Majorität gegen Reaktion und Anarchie aufrecht erhalten zu wollen,** er huldige darin dem ersten Prinzipe der Demokratie, deren Grundpfeiler die Anerkennung des Rechts der Majorität sei. Die Stimmung der Arbeiter war bekannt, sie standen des Winks gewärtig, den großen Kampf von Neuem zu beginnen. Die Berliner Freischaaren, welche in Schleswig gekämpft, hatten ihre unzweideutige Willensmeinung in einem gestern Abend erschienenen Plakate kund gegeben. Dasselbe trägt eine durchaus entschiedene Farbe und spricht dem General Wrangel gegenüber sich dahin aus, **daß die Freischaaren, welche unter seinem Kommando für die Freiheit des deutschen Volkes gekämpft haben und die unter ihm gelernt, in stets geringer Zahl einer überlegenen Truppenmacht gegenüber zu siegen, auch seinem Armeebefehle gegenüber für die Freiheit des Volkes einzutreten wissen und ihrem Lehrmeister gewiß keine Schande machen würden.** So war Alles gespannt auf den heutigen Tag und zahlreiche Gruppen harrten ruhig vor dem Schauspielhause auf die Beschlüsse der Nationalversammlung. — Auch in dieser war die Stimmung eine sehr ernste. **Endlich hatte die, den Stein'schen Antrag erledigende Erklärung des Minister-Präsidenten — die jetzt an die Ecken geschlagen wird — die Spannung beseitigt (s. oben). Man ist freudig darüber gestimmt, daß die Würde der Kammer und des Volkes ohne Blut aufrecht erhalten ist.** — Bis jetzt — Nachmittags 5 Uhr — ist durchaus kein Exceß vorgefallen und obschon auf einzelnen Plätzen noch zahlreiche Gruppen, in denen man vorzüglich viel Kanalarbeiter mit rothen Mützen erblickt, versammelt sind, ist doch zu hoffen, daß der Abend ebenfalls ruhig vorübergehen wird.

√ **Berlin**, 25. Sept. [Ein Schreiben aus der Sitzung vom 25. Septbr.] Die Krise, die wir gefürchtet, ist nun glücklich beseitigt; der Sturm, welcher am politischen Horizont sich aufgethürmt, beschwichtigt. Der Ministerpräsident hat heute eine Antwort auf die Pax'sche Interpellation gegeben, welche durchaus beruhigend auf alle Gemüther der Kammer influirt hat. Es war heut ein wahrer Versöhnungstag. Der Eingang des Schauspielhauses war von einer großen Volksmasse während der ganzen Sitzung belagert, die Gallerien waren gedrängt voll, und in der Kammer selbst herrschte eine ängstliche Spannung. Gab das Ministerium keinen genügenden Bescheid, so war der Bruch unvermeidlich, der Bruch mit dem Ministerium nicht sowohl, als der Bruch in der Kammer selbst. Mißtrauensvoten gegen das Ministerium, Permanenzerklärungen und alle nur irgend erdenklichen Maßregeln waren für den Fall der ungenügenden Beantwortung vorbereitet, und die Linke namentlich war entschieden, im Sinne des Volkes die ihm zustehenden Rechte bis zur äußersten Konsequenz zu wahren. Schon gestern Abend hatte sich das Gerücht verbreitet, das das Ministerium beschlossen habe, den Stein-Schulze'schen Antrag fast wortgetreu auszuführen und sich dadurch wenigstens für die nächste Zukunft möglich zu machen. Die Centren müssen sogar Abschriften des ministeriellen Erlasses bekommen haben, denn es war dem Hrn. v. Unruh möglich, bald nachdem Pfuel die Antwort verlesen hatte, wörtlich auf dieselbe einzugehen und Punkt für Punkt entgegenzuhalten. Sei dem wie ihm wolle, die ministerielle Erklärung hat nicht allein der Rechten und den Centren, sondern auch der Linken genügt, und nachdem Pax, Unruh, Parisius sich ganz mit dem Erlasse einverstanden erklärten, Schulze (Wanzleben) nur eine formelle Modifikation darin zu gewahren glaubte, trug Stein auf Schluß der Diskussion an und motivirte denselben durch die einfache und bündige Erklärung, daß auch er mit der Antwort des Ministerpräsidenten einverstanden sei und somit die Frage für erledigt halte. Dies versöhnte die Rechte wie die Centren vollständig. Somit war von dem neuen Ministerium, das für nicht liberal und der alten Schule angehörig gehalten wird, ein Beschluß der Kammer in Ausführung gebracht, den das frühere Ministerium, das liberale und man könnte sagen, Whig-Ministerium, principiell nicht ausführen wollte. Es war allerdings der einfachste Weg, den das Ministerium Pfuel betreten, und die klügste Maßregel, die es ergreifen konnte. Wie weit dasselbe sich fernerhin mit den Wünschen der Kammer einverstanden zeigen wird, muß die Erfahrung lehren, und die konstituirende Versammlung wird wohl auf der Hut sein, sich in keinem Schritte das ihr gebührende Recht schmälern zu lassen. — Brill, der Breslauer Deputirte, interpellirte hierauf den Ministerpräsidenten in Betreff der Bekanntmachung von Seiten des Generals Brandenburg (vom 21. Sept.) (In Betreff dieser Interpellation wie einiger anderer s. oben den Bericht über die Sitzung der Nationalversammlung.) Die Menschenmasse vor dem Schauspielhause hatte sich inzwischen bedeutend vermehrt, die Antwort auf die von allen Seiten gestellten Fragen nach dem Ausgange des Stein'schen Antrages schien zu befriedigen. Auf die Börsenwelt wirkte der heutige Erfolg sehr günstig. — So eben zieht eine unübersehbare Menschenmenge durch die Straßen, mitten darin ein Wagen mit Rehbergern beladen, die als Deputation nach der Stadt gekommen, um nach dem Ausgange des Stein-Schulzeschen Antrages Erkundigung einzuziehen.

Z **Berlin**, 25. Sept. Die seit heute Morgen herrschende Volksaufregung beginnt sich in Folge der Erklärungen des Ministers v. Pfuel zu legen, und läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die für heute befürchteten Ruhestörungen nicht eintreten werden. Beide entgegenstehende Parteien haben den Mittelweg gewählt und eine Auskunft der Vergleichung getroffen. Sobald die Erklärung des Ministerpräsidenten erfolgt war, begaben sich Mitglieder der Nationalversammlung unter die draußen sehr zahlreich versammelte Volksmenge, um derselben beruhigende Mittheilungen zu machen und sie zum friedlichen Auseinandergehen aufzufordern. Die Menge verlief sich denn auch allmählig, nachdem noch einzelne Redner das Wort ergriffen und eine Aufschiebung der Revolution angekündigt hatten. — Zahlreiche Abtheilungen der Bürgerwehr waren schon vom frühen Morgen an consignirt, um einer etwaigen Ruhestörung sofort zu begegnen. Auch das Militär war den ganzen Vormittag über in großer Bewegung. Das Zeughaus, die Kommandantur, das Kriegsministerium war stark besetzt, die Bürgerwache im Schlosse bedeutend verstärkt. Allem Anschein nach erweisen sich diese Maßregeln aber glücklicherweise als unnöthig. — Die Erklärung des Ministerpräsidenten ist sofort gedruckt und durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht worden.

Berlin, 25. Septbr. Die Entscheidung wäre also da! Als sich gestern die Nachricht verbreitete, das Ministerium werde den Schulz-Steinschen zum Beschluß erhobenen Antrag zur Ausführung bringen, gab's Viele, die das nicht recht glauben wollten. Was das „liberale" Ministerium unter Gutheißung des Königs verweigert, das wird ein Soldaten-Minister, gestützt auf zuverläßige Bajonnette, nicht ausführen — sagte man. Und nun doch! Es ist so ziemlich allgemeine Meinung, daß die Regierung durch die Haltung des Volkes umgestimmt worden ist. Es

ist ausgemachte Thatsache, daß das Militär, allerdings im kleinsten Theile, mit dem Volke sympathisirt. In dem 24sten Regiment giebt es zwei förmlich und schroff geschiedene Parteien, und wenn es zum Einschreiten gekommen, so wären zuvörderst beide Parteien gegeneinander gegangen. Gut aber, daß es so gekommen; die aufgeregten Gemüther können nun aber sogleich nicht wieder zur Ruhe kommen, denn so eben (um 7 Uhr) finden bedeutende Zusammenrottungen vor der Stadtvoigtei statt. Man will die Freigebung der politischen Gefangenen. Es treten mehrere Redner aus dem Volke auf, welche in letzter Instanz zur Gewalt rathen. Andere aber, unter ihnen Braß und Schaßler, suchen zu beschwichtigen. Bürgerwehr erscheint, aber das Volk weicht nicht. Wir hören, daß das angesammelte Volk eigentlich nur eine Deputation einer Versammlung vor dem Schauspielhause sei. Eben ziehen Tausende von Personen, meistens Arbeiter, vom Platz vor dem Schauspielhause ab, um zu sehen, was ihre „Deputation" ausgerichtet. Zu ernstlichen Unruhen wirds aber keinesfalls kommen, trotzdem, daß die ganze Stadt sehr erregt und lebendig ist. Wir glauben jedoch, es sei das mehr eine freudige Aufregung über den Sieg der National-Versammlung.

≏ **Berlin**, 25. September. Abends. Ich freue mich, daß die Ihnen gestern gegebene Notiz in Bezug der Ausführung des Stein'schen Antrages sich in vollem Maße bestätigt hat. Berlin athmet wieder auf, und ist über die günstige Wendung in dankbarer Stimmung. Man erfährt nachträglich, daß eine sehr große Gefahr über unsern Häuptern geschwebt, eine schlagfertig organisirte Revolte, die leicht zur Revolution hätte werden können. Nun noch einzelnes Detail über den denkwürdigen Tag. Die Konstabler, bestimmt in die äußeren Räume des Schauspielhauses sich aufzustellen, mußten sich auf ausdrücklichen Wunsch der Versammlung zurückziehen. Wohl gegen 8000 Mann, darunter auch Bewaffnete und die bekannten Barrikadenhelden, erfüllten den Platz. Junge Leute mit rothen Mützen zeigten sich. Einzelne Volksredner ermahnten zum Frieden, andere zum „Sich bereit halten, denn es müsse doch zum Klappen kommen." Bis jetzt, gegen Abend, starke Volksversammlungen auf den Straßen, ohne andere Excesse; der „freien Republik" werden Lebehochs ausgebracht. Doch ist vorläufig keine Ruhestörung zu erwarten. — Heute Nacht war eine Deputation des Magistrats beim Könige, um ihm die Lage der Stadt zu schildern. — Bedenkliche Nachrichten über die Intentionen der Dänen; ein Staatsbote ist von hier nach Kopenhagen geeilt, er fordert und bringt kategorische Erklärung. — Für Paris bereitet sich eine neue Bewegung vor.

* [Telegraphische Depesche.] Das Finanz-Ministerium an den Oberpräsidenten von Schlesien. — Die National-Versammlung hat beinahe einstimmig sich dahin erklärt, daß die Beschlüsse vom 9. August und 7. September durch den Kriegsministerial-Erlaß vom 23. d. M. ihre Erledigung gefunden haben. Berlin ist ruhig.

Breslau, 26. Sept. 9 Uhr V. M.

Elberfeld, 23. September. [Der Elberfelder Kommerzienrath fühlt, daß er in die Berliner Nationalversammlung nicht paßt.] Hr. Kommerzienrath von der Heydt, der vor wenigen Tagen nach Berlin berufen war, ist schon gestern Abend wieder zurückgekehrt. So wie verlautet, hat derselbe mit Rücksicht auf die in einer hiesigen Bürgerversammlung von ihm selbst beantragte und mitunterzeichnete Adresse wegen Auflösung der Berliner Nationalversammlung Anstand genommen, gegenüber derselben Versammlung in das neu gebildete Ministerium einzutreten, in welchem ihm die Stelle des Handels-Ministers zugedacht war. (Elbf. Z.)

Köln, 23. Septbr. [Das Militär in den Demokratenversammlungen.] Die gestern Abend abgehaltene gewöhnliche Demokratensitzung war von Militärs auffallend stark besucht. Es scheint demnach, daß die Arrestnahme von 11 Artilleristen, welche vor acht Tagen Theil genommen, nur die übrigen jungen Leute auf den Verein aufmerksam gemacht hat. Ueberhaupt halten aber wir sothanige Präventiv-Maßregeln in der gegenwärtigen Zeit abgenutzt. (Düsseld. Z.)

Koblenz, 23. Sept. [Telegraph. Militärisches.] Ein Oberst des großen Generalstabes ist von Berlin hier angekommen, um die Vorarbeiten zur Anlage eines elektro-magnetischen Telegraphen von Berlin über Köln und Koblenz nach Frankfurt zu treffen. Vorerst soll die gewöhnliche Telegraphen-Linie von Berlin bis hier noch bestehen bleiben. — So eben marschirt eine mobile Compagnie Fuß-Artillerie der 7. Brigade hier durch. Dieselbe geht ebenfalls zu dem aufgestellten Truppenkorps in und um Kreuznach. (Mosel-Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. Sept. [Nationalversammlung.] Ueber den Entwurf einer Ansprache an das deutsche Volk ist so eben, nachdem Freudentheil, Österrath, Vogt und der Berichterstatter Wernher gesprochen, auf Antrag Freudentheils mit 197 gegen 173 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen worden. — Die National-Versammlung hat im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung das Gesetz über Verkündigung der Reichsgesetze und der Verfügungen der provisorischen Centralgewalt angenommen, sodann nach dem Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses in Betreff des österreichischen Geldausfuhr-Verbots beschlossen, „der provisorischen Centralgewalt wird aufgegeben, die österreichische Regierung ungesäumt aufzufordern, das Verbot der Ausfuhr edler Metalle sofort aufzuheben, damit der Verkehr der deutschen Staaten unter sich wiederum in seine alten Rechte eingesetzt werde."

[Truppenmärsche.] Heute Morgen, schon mit Tages-Anbruch, setzten sich nach verschiedenen Richtungen hin von den hier befindlichen Bundestruppen verschiedene Abtheilungen in Marsch, um mehrere benachbarte Städte und Orte, wie Bockenheim, Rödelheim, Ginheim u. s. w., zu besetzen. Nach verschiedenen Gegenden gingen österreichische, preußische und großherzoglich hessische Truppen mit mehreren Geschützen ab. Gegen 10 Uhr marschirten preußische und hessendarmstädtische Truppen über unsere alte Mainbrücke, um mittelst der Main-Neckar-Eisenbahn aufs schleunigste nach dem Badischen befördert zu werden, wo aufständische Bewegungen stattfanden. (F. J.)

Aus Baden, 22. Sept. [Der Einfall der Republikaner.] Die Frankfurter Ereignisse sollen nicht vereinzelt stehen. Heute Mittag ist mittelst eines besonderen Eisenbahnzuges die Nachricht von Lörrach und Schliengen eingetroffen, daß gestern Abend an 3000 Freischärler, angeführt von Struve, bei Lörrach über den Rhein gesetzt und heute früh bereits bei Schliengen eingetroffen seien. Wir vermögen die Angabe der Zahl nicht zu verbürgen, und scheint sie uns wohl etwas übertrieben; dagegen ist die Thatsache des Erscheinens der Freischaaren auf badischem Gebiete wohl außer Zweifel, da die Nachricht auf amtlichem Wege nach Karlsruhe gegangen ist.

Heidelberg, 22. Sept. Abends 8¼ Uhr. Eben kommt der nach Schliengen bestimmte Bahnzug hier wieder an. Er konnte nur bis Müllheim kommen. v. Struve hat einen Einfall in das Badische gemacht. Die oberen Gegenden sind bis Schliengen besetzt. In Lörrach wurde Amtmann Exter gefangen mit weggeführt und die Republik ausgerufen. Reisende wurden von Freischärlern angegriffen. Des Bahnzuges wollten sich die Freischaaren in Schliengen bemächtigen, wahrscheinlich um geraden Wegs mit demselben nach Frankfurt zu fahren, und wären die Zugführer in Müllheim nicht zeitig genug gewarnt worden, so wäre es ihnen gelungen. Bedeutende Truppenmassen wurden sogleich von Rastatt und Karlsruhe aus in's Oberland gesendet, und man zweifelt nicht, daß es ihnen gelingen wird, in Bälde die Ruhe wieder herzustellen. So viel berichten die eben angekommenen Reisenden. (F. J.)

Die O.-P.-A.-Z. meldet noch: **„Struve soll mit einer Bande deutscher Handwerksgesellen, Bauern 2c., deren Stärke sich noch nicht bestimmen läßt, gestern das Städtchen Lörrach und das Dorf Schliengen, im badischen Ober-Rhein-Kreise, überrumpelt und besetzt haben."**

Stuttgart, 21. Sept. [Beunruhigende Anzeichen.] Heute abermals Volksversammlung, und zwar in Kannstatt. Es versteht sich, daß der Charakter der heutigen Kannstatter Versammlung derselbe war, wie der der Eßlinger vom letzten Sonntag; auch die Redner größtentheils dieselben; ebenso die beiläufige Anzahl der Versammelten. Alexander Simon sagte z. B.: „Der Waffenstillstand ist ein Produkt der Metternich-Guizot'schen Diplomatie. Sollen wir dazu stillschweigen oder dreinschlagen?" „Dreinschlagen!" antwortete natürlich das Volk. Loose! „Hoch die 19 Männer, die für den Austritt der Linken stimmten, sammt Denen, die in den Straßen Frankfurt's den Heldentod für die Freiheit starben!" Geiger: „Es bleibt uns nichts übrig als eine Völkerwanderung nach Frankfurt, um unsern Worten Geltung zu verschaffen." — Die Stadt ist in unruhiger Spannung; man trägt sich mit mannigfaltigen Gerüchten von bevorstehenden Ausbrüchen demokratischer Plane. In diesem Augenblick (8½ Uhr Abends) wimmelte die Königsstraße von Menschen. Artillerie und Reiterei soll von Ludwigsburg hereingezogen worden sein; die Bürgerwehr hat aber blos Befehl, achtsam auf den Generalmarsch zu sein. Eine Sturmpetition an das Ministerium des Innern um alsbaldige Berufung von Urversammlungen zur Entscheidung der Frage, ob Würtemberg Demokratie oder Monarchie sein solle, soll im Werke sein. (N. K.)

Ulm, 21. Septbr. [Bedrohliche Momente.] So eben hier eingetroffene, zuverläßige Privatbriefe melden Bedenkliches aus Heilbronn. Dort sind rothe Fahnen ausgehängt. Heilbronn, Hall und Oehringen sandten gemeinsame Deputirte an die Landesvereine ab, welche sie zu „handeln" auffordern. Gehen diese darauf nicht ein, so wollen die genannten Städte selbst „handeln." Jeder Vater, der einen Sohn beim Militär hat, will ihn zurückberufen und unter die Bürgerwehr stellen. In Heilbronn hat sich ein Verein „patriotisch-gesinnter" Jungfrauen gebildet, scharfe Patronen zu fertigen, und bereits damit angefangen. (Schnellp.)

Höchst a. M., 22. Septbr. [Heckscher gemißhandelt.] Am 18. Sept., Abends zwischen 7 und 8 Uhr, wurde der Abgeordnete Heckscher in den Straßen von Höchst auf eine empörende Weise mißhandelt. Mehrere brave Bürger nahmen sich seiner an, befreiten ihn mit eigener Gefahr aus den Händen einer wüthenden Menge und brachten ihn in die nahe gelegene Rathhaus-Stube. Hier blieb er unter dem Schutze der Behörden und einer Anzahl gutgesinnter Bürger, bis er Nachts 2½ Uhr in einem Wagen unter sicherer Begleitung nach Wiesbaden gebracht wurde. Die nöthige Untersuchung ist eingeleitet. Dies zur Entkräftung vielfacher falscher, die Ehre der ganzen Bürgerschaft von Höchst verletzender Gerüchte. (Frkf. J.)

Marburg, 21. Sept. So eben trifft hier die amtliche Nachricht von der Rehabilitation des Professors Bayrhoffer durch kurf. Ministerium des Innern ein.

Dresden, 23. Sept. [Excesse des Militärs.] Am 20. September, Abends in der neunten Stunde, ging der Diener des Dr. Walther mit einem Kruge über die Moritzstraße, um Wasser zu holen, als ihm drei Artilleristen lärmend und schreiend entgegenkamen. Selbst ein alter Soldat, konnte er sich der Bemerkung nicht enthalten: So, das ist wohl jetzt die Mode beim Militär! Auf diese Worte hin fielen die Soldaten über ihn her, entrissen ihm den Krug, schlugen ihn mit demselben über den Kopf und traten ihn mit Füßen. Ein vierter Artillerist, der hinzugekommen war, betheiligte sich ebenfalls an diesen Mißhandlungen. Als auf den Lärm endlich Leute hinzukamen, ergriffen die Uebelthäter durch das Landhaus hindurch die Flucht. Der arme Verletzte hat einen Bruch in den Leib getreten und mehre so gefährliche Verwundungen am Kopfe, daß sein Zustand wenig Hoffnung Raum giebt. Vier Soldaten sind verhaftet worden und es sollen sich an der Montur und dem Seitengewehre des Einen Blutspuren gefunden haben. (Dr. J.)

Jena, 22. Septbr. [Kongreß zur Reform der Universitäten.] In der heutigen Sitzung des Kongresses zur Reform deutscher Universitäten gaben zuerst die HH. Seelig (aus Göttingen), Krahmer (aus Halle) und 18 andere Mitglieder in Betreff des gestern gefaßten Beschlußes eine Dissenserklärung für unbedingte Lehrfreiheit für jeden Docenten, über alle Gegenstände zu lesen, über die er sich zu lesen für fähig erachtet. Ferner gaben Prof. Marchand (aus Halle) und Andere eine Dissenserklärung gegen Erhöhung der Honorare. Die Berathung ging zu den Punkten von der Lernfreiheit über. Man erklärte sich einstimmig gegen den Zwang, auf einer bestimmten Landesuniversität studiren zu müssen; die Freiheit der Wahl der zu besuchenden Universität wurde gegen Eine Stimme anerkannt, womit also auch in Bezug auf den Besuch nichtdeutscher Universitäten das Nöthige bestimmt scheint. Nach langer Debatte über die Befähigung der Autodidakten wurde mit Namensaufruf über den Antrag abgestimmt: daß man keine Beeinträchtigung der Lehrfreiheit darin finde, wenn der Staat den Besuch einer Universität für die Zulassung zu den Prüfungen, zu denen er jetzt gefodert wird, als Regel auch ferner verlangt, und dieser Antrag mit 39 gegen 34 Stimmen angenommen. Eben so erklärte man sich fast einstimmig für Wegfall jedes Collegienzwangs und verwarf auch disciplinarische Maßregeln in diesem Betreff. Rücksichtlich der Prüfungen sprach man sich mit großer Majorität dafür aus, daß die Universitätslehrer als solche nicht mit den Staatsprüfungen betraut werden sollen, daß vielmehr die Prüfungen von einer Commission, zusammengesetzt aus der Mitte sämmtlicher Universitätslehrer mit möglichstem Wechsel und für den einzelnen Fall, jedoch unter Zuziehung von Praktikern, öffentlich stattfinden sollen. — Den Gebrauch der deutschen Sprache bei den Prüfungen anlangend, welcher namentlich von Dr. Klee dringend empfohlen ward, nahm man den von v. Vangerow gestellten Antrag: Für die Zukunft den einzelnen Universitäts-Fakultäten zu überlassen, das Doktoratsexamen ganz oder theilweise in lateinischer Sprache vorzunehmen, mit 39 gegen 33 Stimmen an. Am Schlusse der heutigen Sitzung wurde eine Commission erwählt, welche für morgen die wichtigsten, nächst der Verfassungsfrage zu berathenden Punkte zusammenstellen soll. Mit Abweichung von der, bei der Beschickung des Congresses von Anfang an festgehaltenen Modalität, wonach das Gleichgewicht zwischen den ordentlichen und den andern Universitätslehrern herzustellen gesucht werde, wählten auf Präsidialvorschlag hierzu die Deputirten der einzelnen Universitäten je einen aus ihrer Mitte, und diese wieder aus sich folgende sechs: v. Wächter, Birnbaum aus Gießen, v. Sybel aus Marburg, Bluhme aus Göttingen, Hye aus Wien, Dommrich aus Jena. (D. A. Z.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 226 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 27. September 1848.

Schwerin, 20. Sept. [Unruhen.] Gestern Abend hatten wir schon wieder einen Krawall. In einem Nebengebäude des Stadthauses, wo die Nachtwache verweilt, und in einigen benachbarten verrufenen Häusern wurden Thüren und Fenster zerschlagen. Ein Bursche erhielt von einem Kürassier, der einer Patrouille angehörte, einen Hieb über den Kopf. Gegen 10½ Uhr wurden die Haufen auseinandergetrieben, die übrigens durchaus keine politischen Zwecke verfolgten. Heute, wo nur ein Holländer zu Markte gekommen war, neuer Butterkrawall. Die Butter mußte abermals für 6 und 8 Schill. verkauft werden. Auch andere Verkäufer wurden zu verminderten Preisen gezwungen, bis eine Patrouille dem Unfug ein Ende machte. Eine Compagnie Bürgerwache besetzte diesen Abend das Stadthaus. Vieles Volk ist auf dem Markte. Das Militär hat strenge Ordre erhalten. Patrouillen durchziehen die Hauptstraßen. Bis zum Postschluß Abends 10 Uhr war jedoch Alles ruhig. (C.H.)

Schleswig-holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 24. Sept. In Berücksichtigung des von der provisorischen Regierung gestern erlassenen Verhaftsbefehls gegen die Mitglieder der von Dänemark für Schleswig-Holstein konstituirten sogenannten „Immediat-Kommission", welche am 26. d. Mts. in Flensburg sich niederlassen sollte, hat der kommandirende General in den Herzogthümern, Generalmajor v. Bonin folgendes, im gleichen Sinne abgefaßtes Rundschreiben an die Kommandanturen, Beamte und Behörden in Schleswig-Holstein erlassen, das ich Ihnen eiligst wegen der hohen Wichtigkeit desselben in den gegenwärtigen Verhältnissen unseres Landes vollständig mittheile. Es lautet:

„Standquartier Schleswig, 23. Septbr. Durch eine Bekanntmachung: Sonderburg, 18. Sept. 1848, gerichtet an die Behörden, Beamten und Einwohner der Herzogthümer Schleswig und Holstein und unterzeichnet: Moltke, Johannsenund Hannsen, erhellet, daß sich zu Sonderburg eine sogenannte „königl. Immediat-Kommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" gebildet hat, welche die Befolgung ihrer Befehle von den Behörden und Beamten der Herzogthümer in Anspruch nimmt und behauptet, daß sie in Gemäßheit des zwischen JJ. MM. den Königen von Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes als einzig rechtmäßige und oberste Verwaltungsbehörde der beiden Herzogthümer bestände. „Ich sehe mich in Folge dieser Bekanntmachung veranlaßt, den Kommandanturen der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu eröffnen, daß mir von der Einsetzung dieser sogenannten königl. Immediatkommission nichts bekannt ist." Die gemeinsame Regierung, welche nach dem Artikel 7 des Waffenstillstands-Vertrages für die beiden Herzogthümer eingesetzt werden und welche aus 5 Mitgliedern bestehen soll, hat sich noch nicht konstituiren können und ist noch nicht von den beiden hohen kontrahirenden Theilen eingesetzt worden, wie der genannte Artikel vorschreibt. Die obengenannte „königl. Immediat-Kommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein" ist somit im Wesen und im Namen von jener einzusetzenden gemeinsamen Regierung der Herzogthümer durchaus verschieden, und daher nicht als eine rechtmäßige Verwaltungsbehörde für die letzteren zu betrachten und anzuerkennen. Sie maßt sich vielmehr widerrechtlich die der genannten „gemeinsamen Regierung" zustehenden Gerechtsame an. Die hochlöblichen Kommandanturen werden daher hierdurch angewiesen, die Einwohner, Beamten und Behörden gegen diese sogenannte „königl. Immediat-Kommission" zu schützen, und wenn durch deren Auftreten in den Herzogthümern irgendwo Unruhen entstehen sollten, diesen kräftigst im Zusammenwirken mit den jetzigen Beamten und Behörden zu steuern. Von solchen Vorkommnissen ist sogleich auf das schnellste hierher Meldung zu machen und haben die Kommandanturen die kräftigste Unterstützung meinerseits bei Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu erwarten. Im Uebrigen verweise ich auf den an die Kommandanturen von mir erlassenen Befehl vom 17. d. M. Die hochlöbl. Kommandanturen sind ermächtigt, den Ortsbehörden von vorstehendem Befehl Kenntniß zu machen."

Sie erlauben, daß ich über diese kritische Regierungs-Angelegenheit, die hier alle Gemüther in Erwartung der Dinge in Spannung und Aufregung hält, einige nothwendige Thatsachen hinzufüge. Es ist offenbar, daß die sogenannte Immediat-Kommission ihre Rechte aus dem Artikel 7 des Malmoer Waffenstillstandsvertrages herleitet; denn ein weiteres Mandat ist von ihr nicht vorgelegt. Sie bezeichnet sich selbst als eine „Allerhöchst (von dem Könige von Dänemark) ernannte" und dänische Blätter kündigen die Einsetzung dieser Kommission in einer Weise an, als handle es sich eben nur um die Ausübung eines unzweifelhaften Souveränetätsrechts, eines angeblichen Rechtes des Dänenkönigs, in seinen (?!) Landen Beamte zu ernennen. Sind die Herzogthümer verpflichtet, der Ausführung des Waffenstillstandstraktats sich nicht zu widersetzen, so haben sie auf der andern Seite ein unzweifelhaftes Recht, gegen jeden Bruch des Traktats geschützt zu werden. Ein solcher gegen alles Völkerrecht geübter Bruch dieses Traktats liegt aber in der einseitigen Ernennung einer sogenannten königlichen Immediatkommission zur gemeinsamen Regierung Schleswig-Holsteins durch das dänische Kabinet. Der französische Text der Waffenstillstandsakte liegt vor mir, und da dieselbe ursprünglich in dieser Sprache abgefaßt wurde, so ist die Waffenstillstandsakte in dieser Weise, nämlich im französischen Urtext, allein maßgebend. Die Regierung soll, nach dem bekannten Artikel aus 5, aus den Notabeln der beiden Herzogthümer zu wählenden Mitglieder zusammengesetzt werden, welche allgemeine Achtung und Ansehen — dies wurde ausdrücklich erwähnt — genießen. — Die vom Könige von Dänemark aufgedrungenen Männer, Moltke, Johannsen und Hannsen, sind in beiden Herzogthümern verhaßt, was also gegen Artikel 7 ist. Vertragsmäßig hat der König von Dänemark nur zwei Mitglieder, eben so viel der König von Preußen zu designiren, das fünfte Mitglied, der Präsident, soll in Folge gemeinschaftlicher Einigung ernannt werden. Gegen den Vertrag hat demnach Dänemark gehandelt, da es willkürlich den Grafen Karl Moltke zum Präsidenten der gemeinsamen Regierung schickt, von dem kein Mensch von Anfang an was wissen wollte. Wenn der französische Urtext des Waffenstillstandsvertrags einzig und allein für gültig angesehen werden soll, so haben wir zu bemerken, daß es dort heißt: die Mitglieder werden designirt (seront designes) und nur hinsichtlich des Präsidenten heißt es: „er wird ernannt werden" (sera nommé). Dies ist die Sachlage des von dänischer Anmaßung gebrochenen Traktats, indem Dänemark auf eigene Faust eine Verwaltungsbehörde während des Waffenstillstandes in Schleswig-Holstein einsetzen und uns Männer aufdrängen will, die in der Schule der fanatischen Eiderdänen erzogen, jetzt aber in Kopenhagen mißliebig geworden, uns auf den Hals geschickt werden. Deutschland kann hierzu nicht schweigen und auch unsere Nachbarvölker werden nun hoffentlich zur Einsicht gekommen sein, daß Dänemark alle Ungerechtigkeiten nur auf fremde Rechnung stellt und sie nur auf Kosten der zweideutigen Freundschaft Rußlands und Englands an Deutschland auszuüben wagt; denn derlei Vertragswidrigkeiten sind in der neuesten Geschichte unerhört. — Wir erfahren aus Kiel, daß gestern Abend dem dort verweilenden preußischen Diplomaten, Major v. Wildenbruch, der im Lande von Ort zu Ort herumreiste, um die Gemüther zu trösten und auf alles Herbe, das vielleicht noch kommen mag, vorzubereiten, eine Katzenmusik gebracht wurde, wobei es zu bedeutenden Excessen hätte kommen können, wenn nicht die Bürgerwehr beschwichtigend eingeschritten wäre. Die Fortificationswerke und Strand-Batterien in Friedrichsort, Laboe und Eckernförde werden für jetzt nicht entwaffnet; General-Major v. Bonin hat sich gegen diese Beschuldigung, daß er dies beabsichtigen sollte, verwahrt und versichert, daß er gegentheils noch für die Befestigung des Landes Sorge tragen werde. Hier stehen augenblicklich nur 200 Mann vom 8. würtembergischen Regiment, sonst keine Truppen weiter. — Nachschrift. So eben erhalte ich die dänischen Blätter. Faedrelandet vom 20. d. sagt in Bezug auf den in Frankfurt a. M. gefaßten Beschluß der Waffenstillstandsannahme unter Vorbehalt der bekannten Modificationen folgende wichtige, leider zu spät gekommene Worte: **„Man kann wohl kaum einen stärkeren Beweis von dem Leichtsinn der preußischen Regierung aufweisen, als daß lose Aeußerungen, die möglicher Weise Herrn v. Reedz, der keineswegs berechtigt sein konnte, irgend eine Erklärung von Seiten des Königs von Dänemark abzugeben, entfallen sein mögen, und ein vielleicht zufällig dem Grafen Moltke entschlüpftes Wort, officiell dem deutschen Ministerium mitgetheilt und von einer Fraction der National-Versammlung ihrem Gutachten zum Grunde gelegt worden."** Dies ist eine Aeußerung eines halboffiziellen Blattes. Kjöben Havensposten, ein social-humanistisches Blatt, tadelt dagegen scharf das dänische Kabinet und Ministerium, daß es durch die Beibehaltung Moltke's die Sache auf's Neue zu einer Kriegsfrage mache und daß es durchaus in einen Mann wie Moltke die Ehre Dänemarks setze, jenes Mannes, dessen Entfernung aus dem ehemaligen Ministerium im März d. J. eine der Casinoforderungen gewesen. Die anderen Blätter bringen nichts von Bedeutung. — Das ehemalige Mitglied der provisorischen Regierung, Theodor Olshausen, ist soeben mit dem Bahnzuge aus Kiel angekommen, um nach Frankfurt zu reisen.

Oesterreich.

L **Wien,** 24. Septbr. [Trübe Aussichten.] Es ist seit einigen Tagen in der Stadt ziemlich ruhig, doch scheint es nur die einem Sturm vorangehende Windstille zu sein. In den Umgebungen Wiens fallen jeden Tag beklagenswerthe Ereignisse vor, die die völlige Untergrabung des Gefühls für Gesetz und Ordnung nur zu sehr beurkunden. In Währing wurde das Brauhaus von einem wilden Haufen demolirt, in Klosterneuburg haueten viele Proletarier fast einen ganzen Wald aus und verkauften das Holz in den Vorstädten Wiens. Solche Plänkelgefechte des Proletariats mit dem Besitzstande kommen nur zu oft vor und zeigen, wie tief der Krebsschaden gedrungen, wie bei den fortwährenden Aufhetzungen der Ultraradikalen die Gesetzlosigkeit immer mehr um sich greift und außerordentliche Maßregeln gleichsam mit Gewalt herbeigezogen werden. Jellachich steht mit seinem Heere, wenn man die Eisenbahn bis Oedenburg in Anschlag bringt, eine Tagereise von Wien, und wenn die Radikalen, wie es bis jetzt geschehen und aufs Neue wieder zu erwarten steht, irgend eine Gelegenheit vom Zaune brechen, um einen Aufstand zu erzeugen, so werden die nur zu mächtigen sichtbaren und unsichtbaren Gewalthaber die Gelegenheit zu einem Streiche nicht aus der Hand lassen. Unsere junge Freiheit wird sich von einem solchen Schlage dann nicht sobald wieder erholen. — Das jetzige Ministerium bekömmt einen immer schwierigeren Stand und hat sich, was eigentlich unbegreiflich, und wohl eher einem geheimen Plane, als der Unklugheit zuzuschreiben ist, durch einzelne vorlaute Reden seiner Mitglieder vorzüglich in Mißkredit gesetzt. Bach hat sich zuerst in der Vetofrage und besonders bei der Interpellation von Borrosch dem Reichstage gegenüber mit einer gewissen vornehmen Entschiedenheit benommen, die dem Ministerium die ganze Linke, aus der es doch eigentlich hervorgegangen, abspenstig gemacht hat. Nun hat Latour in der letzten Sitzung in seiner etwas kategorischen Antwort auf eine Interpellation von Rieger in Bezug auf das Associationsrecht in dem Heere und in Böhmen vorgefallenen Zusammenstoße zwischen Soldaten und Civilpersonen die czechische Partei, die Hauptstütze des Ministeriums, sehr verletzt, so daß es nun leicht bei irgend einer Frage, wenn die czechische Partei sich der Minorität anschließt, zum Austreten gezwungen werden kann. Seine eigentliche Absicht scheint aber die zu sein, sich durch die friedliche Ausscheidung einiger Mitglieder und durch die Aufnahme einiger aus dem linken Centrum zu konsolidiren. Besonders wäre das Ausscheiden Latours wünschenswerth, der einer Deputation des hiesigen Handelsstandes geradezu erklärte, er werde bei jedem Aufstande das Militär ausrücken, und die Soldaten ihre Pflicht thun lassen. Es könnte leicht kommen, daß sich gar bald Gelegenheit dazu darbiete, denn die traurigen Ereignisse in Frankfurt haben hier einen furchtbaren Eindruck gemacht und die Wiener sind bei ihrer leichten Erregbarkeit und großen Nachahmungssucht nur gar zu geeignet, ähnliche blutige Scenen heraufzubeschwören. Der Tod des Fürsten Lichnowsky hat in den höhern Kreisen die Erbitterung gegen das ultra-demokratische Element bedeutend gesteigert und die Kamarilla für einen Gewaltstreich gar sehr gestimmt. — Die ungarische Frage gestaltet sich gleichfalls immer kritischer. Die ungarische Deputation hat Wien verlassen, weil sie sich nicht dazu verstehen wollte, dem Präsidenten des Reichstags ihre Beschwerden vorzulegen. In Ungarn erscheinen die aufrührerischsten Plakate gegen den Kaiserstaat, und eins forderte die Bewohner geradezu auf, nach Wien zu ziehen, weil dort schon die rothe Fahne vom Stephansthurme wehe und die Republik ausgerufen sei. Nichts desto weniger hat sich hier wieder ein aus akademischen Legionären und Nationalgarden bestehendes Freiwilligen-Corps unter dem Namen „die Wiener Legion" gebildet, das morgen nach Pesth abgeht, um sich dem ungarischen Heere anzuschließen. — Es heißt, der Ministerrath hat beschlossen, in der ungarischen Angelegenheit einen Vortrag an den Kaiser zu richten. — Die Rieger'sche Interpellation hat doch ihre guten Früchte getragen; es ergeht ein Befehl an alle Militärkommando's, die Soldaten auf die Konstitution zu beeidigen. — Die hiesigen Deutschkatholiken haben sich an das Ministerium des Innern mit der Bitte gewendet, freie Gemeinden bilden zu dürfen, was von selbem zurückgewiesen werden wird, da es außer dem Bereiche seiner Wirksamkeit liegt. Es wird ihnen bedeutet werden, sich deshalb mit einer Petition an den Reichstag zu wenden, der naürlich ihrem Wunsche Gesetzeskraft zu geben, nicht anstehen wird. — Die Abstimmung des mährischen Landtages, der sich für eine Trennung von Böhmen und einen organischen Zusammenhang mit Oesterreich mit 120 Stimmen gegen 17 erklärte, hat hier einen sehr angenehmen Eindruck gemacht, und wird natürlich die czechische Partei um so mehr in dem Entschlusse befestigen, weniger auf eine Trennung Böhmens von Oesterreich, als auf einen überwiegenden Einfluß auf die Interessen des

Gesammtstaates ihr Augenmerk zu richten. — In allen Straßen begegnet man heute Bauern, die aus der Umgegend in Masse zusammengeströmt, um heute Abend dem Antragsteller für die Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses, dem Abgeordneten Kudlich, ihre Dankbarkeit durch einen großartigen Fackelzug zu bezeigen.

L **Wien**, 25. Sept. [Tagesbegebenheiten.] Der heutige Tag ist ruhig abgelaufen und wir sind zum Glücke noch nicht in Belagerungszustand versetzt. Doch läßt sich nicht voraussehen, was die nächsten Tage bringen. Im Odeon, wo gestern alle demokratischen Vereine versammelt waren, wurden dem Kriegsminister Latour und dem Minister des Auswärtigen Wessenberg Pereats ausgebracht, und die Wortführer erschöpften sich in Invektiven. — Während man hier jeden Tag à qui vive ist, hat die Regierung zu Maßregeln gegriffen, auf der Eisenbahn von Brünn und Olmütz Truppen in wenigen Stunden hier zu haben, und da, wie es heißt, gegen 17,000 Mann in der Umgegend konzentrirt sind, wird die ungarische Frage immer schwieriger. Die Anwesenheit des Erzherzogs Palatinus mit seinen Kommissären in Schönbrunn ist, wenn sie sich bestätigt, eine Bewahrheitung des hier allgemein Geglaubten und von mir bereits vorige Woche bemerkten, daß er eine doppelte Rolle übernommen, der er wohl nicht gewachsen sein wird, und die der genialste Demagog aller Zeiten Kossuth im Stillen beobachtet, um, wenn er es für gut findet, ihm ein „Halt" zuzurufen. Indessen ist die czechische Swornost thätig, die Nordslaven mit Geld und Waffen zu versehen, und ein hiesiger Reichstags-Deputirter Hawliczek soll sich zu diesem Zwecke schon seit einigen Tagen ohne Urlaub in Prag befinden. — Gestern sind die von der akademischen Legion aus ihrer Mitte gewählten 15 Studenten als Abgeordneten zum Studenten-Kongresse nach Eisenach abgegangen. Wenn sie dort in ihren Berathungen sich vom Geiste der Mäßigung beherrschen und nicht von der momentanen Begeisterung hinreißen lassen, so wird das gesammte Deutschland seiner akademischen Jugend großen Dank schulden.

G **Wien**, 25. Septbr. [Der Fackelzug.] Es bestätigt sich, daß das Bataillon des Infanterie-Regiments „Preußen", welches aus Galizien nach der kroatischen Grenze beordert wurde, um den Kordon zu bilden, zu den Ungarn übergegangen ist. Die Mehrzahl der Offiziere desselben ist jedoch hier. — Das Gerücht verbreitet sich hier, daß morgen die Bauern eine Sturmpetition veranstalten wollen, da sie nicht gesonnen sind, eine Entschädigung zu leisten. Erzherzog Stephan ist nach Schönbrunn abgefahren. — Der Fackelzug, welcher gestern dem Deputirten Kudlich gebracht wurde, fand in folgender Ordnung statt: Schon vor 8 Uhr Abends versammelten sich auf allen Plätzen Wiens zahlreiche Massen von Menschen und auf der Universität da schaarten sich die Bauern mit brennenden Kerzen in den Händen aneinander. Es waren Bauern aus den verschiedensten Gegenden, lauter biedere, ehrliche Gesichter, unter diesen machten sich die Hannaken durch ihre eigenthümliche Volkstracht besonders bemerkbar. An diese schlossen sich viele Garden gleichfalls mit Fackeln an und andere Garden und Studenten machten Spalier. Um halb 9 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Den Anfang machten 2 hannakische Bauern, diesen folgte eine Abtheilung der akademischen Legion unter Gewehr und sodann der Fackelzug mit einer Musikbande. Unterwegs ließ man sehr oft Herrn Kudlich und die Linke hoch leben. Am Mehlmarkt angekommen, allwo sich im Kasino viele Mitglieder der Linken versammelt hatten, ging das Vivatrufen erst recht los. Kudlich stand am Balkon mit einer Aehre in der Hand; Jurist Willner hielt eine Anrede an ihn, Kudlich bat, die Landleute etwas näher treten zu lassen und sodann begann er folgende Rede: „Nicht mir kann dieser helle Fackelglanz, nicht einer Person allein kann er gelten. er gilt dem Geiste, der jetzt über die Erde zieht. Wir haben den Bauer deshalb zuerst frei gemacht, weil er von jeher am meisten gedrückt war. Aber seid auf der Hut, daß man euch das Errungene nicht wieder raubt, wenn der Löwe in der Aula brüllt, wenn die Jungen euch rufen, dann zündet Wachtfeuer auf allen Höhen an, ruft es aus durch alle Berge und durch alle Thäler, damit das Volk zum Landsturme sich versammelt, und den Vorkämpfern der Freiheit, den Studenten in Wien zu Hülfe eile." — Sodann brachte Kudlich verschiedene Toaste aus, auf welche ein donnernder Vivatruf durch die Lüfte erscholl. Nach ihm erschien ein polnischer Deputirter, der mit vieler Wärme sprach, und dann Abgeordneter Schneider aus Schlesien, der die biedern Landleute ermahnte, das Jahr 1848 ja nie zu vergessen, den Kalender dieses Jahres aufzubewahren und auf Kinder und Kindeskinder zu vererben. Nach ihm erschien ein zweiter galizischer Deputirter, der im gebrochenen Deutsch recht sinnreiche Worte sprach. Wir heben folgende hervor: „Seid Jedermann Freund und Niemandem unterthänig." Auf ihn folgten: Violand, Borrosch, Umlauft, die mit vieler Beredsamkeit, so recht vom Herzen zum Herzen sprachen, und den Schluß des ehrsamen Redner-Kranzes machte der Abgeordnete, Dr. Goldmark, der die Bauern erinnerte, daß sie nun nicht mehr: „der g'strenge Herr Verwalter" — zu sagen brauchen, sondern daß Alle gleich sind. Er brachte einen Toast aus dem Manne, der immer gut war, aber auch nur ihm allein, dem „Kaiser Ferdinand." Goldmarks mehr humoristisch gehaltene Rede veranlaßte große Heiterkeit. Auf dieses ging das Vivatrufen wieder los, Toaste wurden ausgebracht dem Herrn Kudlich, der Linken, dem deutschen Vaterlande, den Studenten und den Bürgern Wiens. Zum Schlusse erschien noch einmal Kudlich am Balkon, bedankte sich und rief: Ich sage Euch heute nicht gute Nacht, sondern „guten Morgen!"

□ **Wien**, 25. Sept. [Tages-Bericht des Korrespondenz-Büreaus.] Der Erzherzog Stephan ist gestern, wie bereits gemeldet, aus Ungarn hier angelangt. Die Gründe seiner Ankunft werden auf das Strengste geheim gehalten, so daß selbst das österreichische Ministerium davon keine Kenntniß enlangen konnte. Während ziemlich gut unterrichtete Personen versichern, er sei gekommen, um die Palatinalwürde in die Hände des Königs zurückzulegen, behaupten Andere, er sei in Eile bereits wieder abgereist (s. oben). Jedenfalls hoffen wir morgen darüber Genaues mittheilen zu können. Die Lage des Prinzen war in letzter Zeit dem Hofe gegenüber eine sehr mißliche und unangenehme. Sein Zureden bewirkte, daß die bekannten Märzkonzessionen dem Hofe abgerungen wurden. Hinterdrein erwies es sich, daß die Dringlichkeit derselben bei Weitem übertrieben war. Und von daher stammt die schiefe Stellung, welche seither der Hof dem Lande gegenüber einnimmt. Der Entschluß des Prinzen, an die Spitze der ungarischen Streitkräfte zu treten, ward von der nationalen Partei als Rettungsanker betrachtet; desto mißfälliger mußte selber vom Hofe angesehen werden. Nun hören wir aus guter Quelle, daß die Lage des Prinzen in neuester Zeit insofern keine ganz freie und ungebundene war, als ihm drei Kommissäre beigeordnet waren, die jeden seiner Schritte prüfen, beobachten und überwachen mußten. Ob nicht Reibungen und Mißhelligkeiten, wozu diese delikate Lage jedenfalls reichlichen Stoff bot, irgend einen raschen Entschluß des Prinzen bestimmt haben mögen, können wir noch nicht bestimmen. Es wäre außerordentlich, wenn er ohne gewichtige Ursache das ihm anvertraute Land, sein Geburtsland, im kritischesten Augenblicke verlassen hätte. — Der Konstitutionsausschuß ist mit der Bearbeitung der Grundrechte bereits fertig geworden. In 10 bis 12 Tagen wird die Diskussion darüber beginnen. Es ist heute vollkommen ruhig, die Befürchtung von Unruhen aber gleichwohl noch nicht verschwunden. Das Ministerium ist entschlossen, nöthigenfalls selbst vor der Erklärung des Belagerungszustandes nicht zurückzuschrecken. Die ziemlich aussichtslose Wendung der Dinge zu Frankfurt scheint heute beruhigend zu wirken. — Jellachich rückt siegreich vor ohne bemerkenswerthen Widerstand zu finden. So eben heißt es, er habe bereits Stuhlweißenburg eingenommen. Erzherzog Stephans Stellung sei derzeit eine vermittelnde. Börse: 5prc. $78\frac{3}{8}$, 4prc. $63\frac{1}{2}$; Bankakt. 1090; Nordbahn $104\frac{1}{2}$; Mailand 70; Gloggnitz $93\frac{1}{2}$; Pesth $65\frac{1}{2}$; Livorno 65.

* **Wien**, 25. Sept. [Neuestes über die ungarischen Angelegenheiten.] Die Slaven haben von Ollmütz aus einen Freischaaren-Zug gegen Ober-Ungarn vorbereitet und sind gestern gegen Neutra aufgebrochen. In Preßburg mußten deshalb die Nationalgarden aufbrechen, um den Einfall zu hindern. Allein die Schilderhebung aller Slaven bis Kaschau ist längst vorbereitet. In Mitte dieser Krisis erwartet man heute eine kaiserl. Entschließung, worin S. M. verkündet, daß alle kaiserlichen Truppen der Armee wieder dem österreichischen Kriegs-Ministerium allein untergeordnet sind. Es war hohe Zeit, denn es hatten sich schon einzelne Bataillone in offenen Widerstand bald gegen das eine, bald gegen das andere Ministerium gesetzt. — Eben eingehenden Nachrichten vom 22sten zufolge, ist der Banus von Kroatien ohne Schwertstreich in Stuhlweißenburg eingerückt. Das Volk und die Nationalgarden haben den Banus überall als Befreier empfangen. Nach der Avreise des Erzherzogs Palatin verließen die meisten Nationalgarden Vesprim und zerstreuten sich. Gestern Abends hat der Erzherzog Palatin seine Stelle als Palatin in die Hände S. M. des Königs zurückgelegt. Allein der König hat sie nicht angenommen. Der ungarische Reichstag wird wegen seinen Verfügungen aufgelöst. Man erwartet stündlich eine königl. Resolution, sowohl wegen Beeidigung des ungarischen Militärs, als auch in Betreff der jetzigen Verhältnisse in Pesth.

§§ **Pesth**, 23. Septbr. [Die Juden. Die Panslavisten. Messaros. Komorn.] Heute ging hier ein eigenes Schauspiel vor sich. Gegen 800 Juden sind grade heute am Sabbat zu den Schanzenarbeiten ausgerückt. Dadurch wollen die Juden beweisen, daß ihr Sabbat nicht, wie von ihren Feinden behauptet wird, ein Hinderniß sei, dem Lande zu dienen, aber auch, daß sie selbst dann, wo der plünderungssüchtige Feind gegen die Hauptstadt marschirt, treu für Ungarn einstehen wollen. — Die Panslavisten Stur, Prediger Hodza und Prediger Hurban sind mit einer etwa 500 Mann starken Bande aus Mähren in Neutra eingebrochen. Das Neutraer Komitat bildet den Mittelpunkt der panslavistischen Propaganda unter den Slovaken Ungarns. Die Aufwiegler fordern das slovakische Volk auf, dem ungarischen Ministerium nicht zu gehorchen, sondern einer neu einzusetzenden provisorischen slavischen Regierung. Die slovakischen Bauern haben aber keinen Sinn für politische und nationale Dinge, und wenn der ganze Insurrektionsversuch nicht bereits gescheitert, so werden die Urheber bald zu den Mitteln greifen müssen, die Bauern zu Raubzügen gegen den meist magyarischen Adel, gegen die Juden und die Deutschen zu verlocken. Die Camarilla wird wohl auch vor diesem Mittel nicht zurückbeben und so eine neue Auflage der galizischen Massakres in verstärktem Grade veranstalten. — Während also der Brand gegen die unglücklichen Ungarn an allen Seiten angefacht wird, wüthet im eigenen Hause der schändlichste Verrath. Der Kriegsminister General Lazar Messaros, welcher in dem Lager gegen die Raitzen operirt oder vielmehr nicht operirt, wird ebenfalls für einen geheimen Verräther gehalten. Seit Wochen hat er nicht das Geringste ausgeführt. Der Minister-Präsident Batthyany hatte ihm dieser Tage den bestimmtesten Befehl zugeschickt, den Feind endlich einmal anzugreifen, sowie auch eine Heeresabtheilung zu unserer Dravearmee stoßen zu lassen. Aber Messaros hat weder das Eine noch das Andere gethan. Man wird ihm noch einige Tage zusehen. Ein Gleiches geschieht mit dem österreichischen Kommandanten der Festung Komorn. Derselbe hat seinem gegebenen Ehrenworte zuwider, heimlich Soldaten in die Festung aufgenommen, und als hierauf der Ministerpräsident von ihm eine bestimmte Erklärung verlangt, ob er gegen Jellachich kämpfen wolle, bleibt er noch bis jetzt die Antwort schuldig. Die Kammer hat den Ministerpräsidenten in Betreff beider Generale Messaros und März zu energischen Maßregeln aufgefordert. Für die durch die Feuersbrunst stark heimgesuchte Stadt Komorn hat die Kammer ein zinsenfreies Darlehen von 300,000 Gulden bewilligt. Es ist jetzt kein Zweifel mehr, daß das Feuer von Soldaten angelegt worden ist. — Die Bestätigung der vom Premierminister Grafen Batthyany designirten Minister ist von Wien noch heute nicht eingetroffen. — In dem Wesprimer Comitat wird der Aufstand in Masse organisirt. Von allen Seiten ziehen Schaaren von begeisterten Freiwilligen gegen den Feind. Nur ist die Leitung der Kriegsoperationen in sehr zweideutigen Händen, was aber nicht auf die Länge dauern kann.

✶ Nachstehend übersende ich Ihnen in deutscher Sprache „Kossuth's letzte Aufforderung an die Ungarn." Sie lautet:

„Ich werde euch prophezeihen, Söhne meines Vaterlandes! Arme verrathene Ungarn! Seit sieben Jahren prophezeihe ich und ich schaudere zurück, wenn ich sehe, daß Alles schrecklich schnell in Erfüllung gegangen ist. Es ist eingetroffen die von mir vorhergesagte schreckliche Krankheit jenes Mannes, an dessen Andenken viel Ruhm geknüpft ist, und dessen geistiger Tod die Brust jedes Menschenfreundes mit tiefem Schmerz erfüllen muß. — Was ich von der Monarchie, von der ungarischen Aristokratie und von den Kroaten geweissagt, ist Alles eingetroffen, und was ich von der Dynastie prophezeiht, beginnt in Erfüllung zu gehen. — Hört mich, Söhne meines Vaterlandes! Der einige Gott offenbaret sich nicht in einzelnen Wundern, sondern in allgemeinen Gesetzen. Es ist ein ewiges Gesetz Gottes, daß wer sich selbst verläßt, auch von Gott verlassen wird; es ist ein ewiges Gesetz Gottes: daß wer sich selbst nicht hilft, dem hilft auch Gott nicht; es ist ein ewiges Gesetz Gottes: daß der Meineid zuletzt sich selbst bestraft; es ist ein ewiges Gesetz Gottes: daß wer dem Meineid unter Ungerechtigkeit dient, der Gerechtigkeit unwillkürlich den Sieg verschafft. Gestützt auf diese ewigen Gesetze der Unendlichkeit prophezeihe ich: Aus dem Einbruche Jellachich's in Ungarn muß die Freiheit Ungarns erstehen. Ich bitte euch, beschwöre euch beim heiligen Namen des armen, schändlich verrathenen ungarischen Vaterlands, glaubet dieser meiner Prophezeihung und sie wird in Erfüllung gehen. — Worin besteht Jellachich's Macht? Er hat eine geringe physische Kraft von 50, 60 bis 70,000 Mann, nur scheinbar mächtig, denn nach den Verhältnissen in den Grenzgegenden fand er 30,000 Bewaffnete bereit. Was hat er aber hinter seinem Rücken? worauf kann er sich stützen? wo ist die Nation, die mit der Begeisterung der Gerechtigkeitsliebe ihn unterstützen sollte? die ausfüllen würde die Lücke, welche nicht die unermüdende Hand des bis in sein Innerstes tief verletzten Ungarns, sondern die Strapatzen des Weges und der hastig geschlürfte ungarische Wein in seinen Reihen verursachen wird? — Sie ist nirgends, diese Nation, nirgends! Jellachich's Schaar kann höchstens nur verheeren! erobern, aber das Eroberte festhalten, kann sie nicht. Eine solche Jellachichische Expedition gleicht einem Heuschreckenzuge. Das Heuschrecken-Heer dringt immer vorwärts, wird aber immer weniger und geht endlich ganz zu Grunde. — Je weiter vorwärts Jellachich ins Land dringt, desto gewisser ist es, daß keiner seiner Leute das Wasser der Sau wieder erblicke. Wir Ungarn müssen nur wollen, wir sind unserer genug, um ihn versteinigen zu können. Der Ungar wäre nicht würdig, daß Gottes Sonne ihn bescheine, wenn

nicht die immer frische Erinnerung an jenen schändlichen Verrath und niederträchtigen Meineid, durch welchen man die Ungarn aus der Reihe der Lebenden wegzuschaffen geschworen hat, beim Aufstehen sein erster, und beim Schlafengehen sein letzter Gedanke ist. Der Ungar hat also zwei Aufgaben, die Eine: Sich in Massen zu erheben gegen den ins Vaterland gedrungenen Feind, und die Andere, eingedenk zu sein, des gegen ihn angezettelten Verraths und elenden Meineid's. Löset der Uugar diese seine zwei Aufgaben nicht, dann ist es ein so elendes und feiges Volk, dessen Namen man in der Geschichte zur Bezeichnung der Schande und Schmach gebrauchen wird; dann ist der Ungar ein feiges und schmachvolles Volk, das durch Feigheit den Namen seiner tapferen Vorfahren befleckt, und über welches der ewige Gott sprechen wird, ich verneine es erschaffen zu haben. Dann ist der Ungar ein gottverfluchtes Volk, dem die Luft ihre belebende Kraft versagen, unter dessen Händen der fette Boden zur wüsten Sandsteppe, bei dessen Annäherung der labende Quell austrocknen, das heimathlos auf der Erdenrunde umherirren wird, das vergebens um trockenes Brot bei den Wohlthätigen betteln wird. — Es wird dem indischen Pária gleichen, auf dem man die Hunde loshetzt. Vergebens wird der Ungar seine Zuflucht zur Religion nehmen, sie wird ihm keinen Trost gewähren. Wird er zu seinem Mädchen die Augen erheben, wird es ihn von der Thüre wegjagen wie ein verpestetes Thier, sein Weib wird ihn verachtend anspeien und das erste lallende Wort seines Kindes wird ein Fluch über seinen Vater sein. Schrecklich! aber so wird es sein, wenn der Ungar sich nicht in Massen erhebt; die Schergen Jellachichs, die räuberischen Serben, und jeden Verräther zerschmettert und zerstäubt; wenn der Ungar feige sein wird, nachdem er seine Feinde zerstreut, den Verräthern zu verzeihen, und den Verrath einen Augenblick auch nur zu vergessen. — Nein! Nein! der Ungar thut das nicht, und thut er's doch, so sei er verflucht. Zu den Waffen also wer ein Mann ist! Die Frauen der Bewohner zwischen Wesprim und Weißenburg sollen ein großes Grab in Bereitschaft halten, in welches entweder der ungar. Name, die ungarische Ehre, oder unsere Feinde begraben werden, auf welchem entweder eine Schandsäule mit der Aufschrift: „so bestraft Gott die Feigheit“ oder der ewig grüne Baum der Freiheit stehen wird, zwischen dessen Zweigen, wie einst aus dem brennenden Dornbusch die Stimme Gottes sprechen wird: „der Ort, auf welchem du stehst ist heilig!“ und Freiheit, Ruhm und Wohlergehen wird segnend lohnen die Tapferkeit der Ungarn! — Auf Ungarn! Für dein Leben, für deine Ehre, für dein Vaterland, für dein Haus, für deinen Herd, für deinen Boden, der dich nährt und den du mit deinem Blutschweiße bearbeitest. Auf! Auf! zu den Waffen Ungarn! Wer dem Gesetze nicht gehorcht, das auch der König beschworen, ist ein Verräther. Wer ein Verräther ist, den muß man der Gerechtigkeit überliefern. Das Vaterland gehört uns allen, es zu retten, ist unsere erste Pflicht. Wenn wir das Vaterland retten, retten wir uns. Auf zu den Waffen, mit uns ist Gott und die Gerechtigkeit. — **Kossuth Lájoss.**“

** (Ober-Italien.) Aus Mailand wird vom 21. geschrieben: die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Sardinien sieht man auf jedem Gesichte der fanatischen Wühler. Sie hatten sich mit nichts Geringerem geschmeichelt, als daß jetzt Frankreich mit Sardinien gemeinschaftliche Sache machen werde, um eine Diversion zu Gunsten der ungarischen Demokratie des Kossuth zu machen. Der Einmarsch des Bans in Ungarn, der nach der Meinung der Signori und Nobili von den Magyaren vernichtet werden sollte, hatte in Mailand wie ein elektrischer Schlag gewirkt. Mit jedem Posttag erwarten sie die Nachricht von dem Marsche der Ungarn gegen Wien. Statt dessen ist ihnen inzwischen ein 4-wöchentlicher Waffenstillstand, während welchem die ungarischen Wirren zum Heil der Monarchie, vermuthlich beendigt sind, verkündet worden. Jetzt wird nicht mehr Karl Albert allein Verräther gescholten, sondern jetzt trifft die Reihe Frankreich und England eben so stark. Es herrscht übrigens vollkommen Ruhe in Mailand.

Frankreich.

Paris, 22. Sept. [National-Versammlung. — Sitzung vom 22. Septbr.] An der Tagesordnung befindet sich zunächst ein Kreditverlangen von 6 Millionen für Wasserbauten Behufs Beschäftigung der arbeitslosen Feldarbeiter. Diese Diskussion nimmt fast drei Stunden hinweg und endigt mit Genehmigung der Hauptparagraphen. Um 3½ Uhr ersetzt Marrast den Vicepräsidenten Corbon auf dem Präsidentenstuhle. Sonteyra, ein Mitglied der Rue de Poitiers, verlangt das Wort, um den Conseils-Präsidenten zu interpelliren. (Erstaunen. Allgemeine Aufmerksamkeit.) Unter größter Stille des Saales legt der Redner einen Stoß von Papieren vor sich und beginnt eine lange Rede vorzulesen. Die Juni-Ereignisse bildeten die Einleitung; dann folgte eine Bekämpfung des Sozialismus, der unausführbaren Lehren, welche alle Rechtschaffenen, die sich der Februar-Regierungsform angeschlossen hätten, mit gerechter Besorgniß erfüllten und die Regierung schwächten. Das Land sei zerrissen. Die Nationalversammlung solle mit dem Beispiele der Einigkeit und Versöhnung vorangehen. Die Wahlresultate hätten eine bedenkliche Gährung hervorgerufen, er zweifle indeß nicht, daß der General Cavaignac Energie genug besitzen werde, um jeden Versuch zur Anarchie zu unterdrücken und nicht zur Fahne der sozialistischen Republik überzugehen. Es wäre gut, wenn der General sich über alle diese Punkte dem Lande gegenüber ausspräche. Er interpellire ihn daher: Das öffentliche Vertrauen würde gestärkt und manche Befürchtung beseitigt werden, wenn man genau wisse, was die Regierung von der Lage denke und was sie zu thun beabsichtige. Beim Herabsteigen des Redners ruft die äußerste Linke: Man schreite zur Tagesordnung! Cavaignac begiebt sich aber dennoch auf die Tribüne und antwortet. Er gesteht zu, daß sich finstere Wolken am Horizonte zusammengezogen, daß er aber keiner anderen Fahne als der Republik dienen werde. (Beifall.) Indessen übertreibe man die Dinge, die außerhalb der Nationalversammlung vorgingen. Man wolle vom Ministerium wissen, was es im Falle von Unordnungen thun werde. „Gestatten Sie mir“, sagte der General, „daß wir Ihnen die Antwort auf diese Frage schuldig bleiben. Wir werden, unserem Mandate getreu, die Pflichten erfüllen, die uns dasselbe auflegt.“ (Beifall. Zur Tagesordnung.) De Charancey wirft der Regierung vor, die Vortheile des Junisieges nicht gehörig ausgebeutet zu haben. Sie habe nicht die gute Stimmung der Nationalgarde, dieser Lebensader des Staates, zu benutzen verstanden oder sie sogar verscherzt. Die größte Gefahr aber stehe der ganzen französischen Gesellschaft bevor, wenn sich die Exekutivgewalt jenen Lehren zuwende, die man Sozialismus nenne. Duclerc steigt mit einem Moniteur-Bande in der Hand auf die Rednerbühne und beweist dem Vorredner, daß die Nationalversammlung auf Antrag der Regierung, ja der Nationalgarde von Paris und der Bannmeile speziellen Dank votirt habe. Cavaignac erklärt von neuem, daß er unmöglich hier Doktrinen diskutiren oder gar den Weg angeben könne, den die Regierung einzuschlagen gedenke. Man solle sich wegen des Heils der Republik auf ihn verlassen. Er habe bisher sicher das Vertrauen der Versammlung gerechtfertigt. (Beifall. Man ruft: Schluß! Schluß!) Laboissière schlägt eine motivirte Tagesordnung vor. Kerdrel will von diesen monarchischen Ueberbleibseln, wie Vertrauensvoten und dergleichen, nichts wissen und bekämpft die Tagesordnung. Cavaignac bedürfe solcher Voten nicht. Mehrere Andere sprachen noch für und gegen, ohne verstanden oder gehört zu werden. Endlich geht die folgende motivirte Tagesordnung durch: „Die Nationalversammlung erklärt, in Erwiederung der Vorträge des Conseilspräsidenten, daß die Regierung ihr volles Vertrauen besitze, und geht zur Tagesordnung über.“ Proudhon und de Berg stimmten gegen die Tagesordnung. Molé, zum ersten Male anwesend, blieb sitzen. Zum Schluß ging die Versammlung zu den Ackerbauschulen über, verschob jedoch um 6 Uhr die Diskussion auf morgen.

[Verschiedeues.] Es gilt heute als offiziell, daß der Waffenstillstand in Norditalien um 42 Tage verlängert worden. — Die Gemüther sind in großer Aufregung in der Stadt und man erwartet eine Katastrophe. Bemerkenswerth ist die Mittheilung des Journal des Debats, daß bei Proklamirung des Namens von Louis Bonaparte die Musik der Nationalgarde einen Tusch brachte und die bekannte Melodie aufspielte „Vaillons au salut de l'Empire“ Stimmen aus der Masse riefen: „es lebe der Kaiser; es lebe Napoleon!“ Es ist gewiß, daß das Gouvernement und die alten Republikaner die Wahl Louis Bonaparte's als ein Produkt der Reaktion betrachten. Der Ministerrath berieth sich über die Gefahr der Lage und soll die Nothwendigkeit erkannt haben, sich durch entschiedene Republikaner zu verstärken. So soll der Plan aufgetaucht sein, Ledru-Rollin das Portefeuille des Innern zu übertragen. Falls ihm die Bildung eines neuen Kabibets anheimgegeben würde, hat er folgendes Programm aufgestellt: Auflösung der National-Versammlung, Berufung an das Volk zu neuen Wahlen, Generalamnestie zu Gunsten aller politischen Gefangenen. Dies Ultimatum soll die gemäßigtsten Mitglieder des Kabinets zurückgeschreckt haben, nichtsdestoweniger ist die Sache nicht verworfen. Sollte wegen Louis Napoleon eine Emeute ausbrechen, so hält man Ledru-Rollins Eintritt ins Kabinet für gewiß. Was aus den Dingen sich entwirren wird, ist nicht gewiß vorherzusehen. Die Nationalgarde ist gespalten. Das Heer soll nicht sonderlich republikanisch gestimmt sein. Die Masse des Volkes gehört zur rothen Republik und wie die mobile Garde bei einem neuen Kampfe sich verhalten wird, ist ungewiß. Man hört, daß Louis Napoleon erst hier eintreffen werde, wenn seine Wahl für gültig erklärt worden. Er will incognito hier eintreffen und wird dann auf der Tribune eine energische Erklärung zu Gunsten der Republik abgeben, worauf er sich auf 3 Monate Urlaub erbitten will, um nicht Anlaß zu Unruhen hier zu werden. Es heißt, daß Sir Robert Peel, mit dem er befreundet, ihm diesen Rath ertheilt hätte. — Die Patrie schreibt von London, daß Louis Blanc dennoch mit Louis Napoleon in persönlichen Beziehungen stehe. Die Presse versichert, England bemühe sich die Zollunterhandlungen zu stören, welche der nordamerikanische Gesandte Donnelson zu Frankfurt mit dem deutschen Centralgouvernement angeknüpft habe.

Italien.

Neapel, 14. Sept. [Der Kampf in Sicilien.] Seit Messina besetzt ist, hat die Regierung nur eine einzige weitere Depesche bekannt gemacht, woraus die weitere Unterwerfung des Küstenstrichs von Messina bis Milazzo nnd der Insel Lipari hervorzuheben ist. Auch Catania habe bereits seine Unterwerfung eingesandt. Die Einzelschilderungen von der Einnahme Messinas sind das Tagesgespräch. Der heftigste Kampf fand auf der Strecke von dem Landungsplatz der Truppen, etwa eine Stunde vor der Stadt, an der von Catania her führenden Straße, bis an die Mauern Messinas statt; die Truppen mußten jedes einzelne Haus, mehrere Batterien über der Straße mit Sturm nehmen. Messina selbst hat nur durch die Beschießung, von dieser aber auch schrecklich gelitten, und zwar ebenso sehr von den Kugeln der sizilianischen Festungswerke, die fast immer, statt über die Stadt weg nach der Citadelle, auf die Häuser niederfielen, wie von den Geschossen der Neapolitaner; als diese einrückten, war kein Feind mehr da; wie denn auch in den eroberten Häusern und Schanzen, wenn die Königlichen eindrangen, die Vertheidiger immer durch einen vorbehaltenen Ausweg davonliefern; einen Kampf in Reih und Glied, auf offenem Feld hielten sie nicht aus. Viele Akte kannibalischer Wuth an gefangenen, selbst gefallenen Neapolitanern von Seite der Messinesen fanden leider ihre volle Bestätigung. Die Neapolitaner schlugen sich, nach dem Bekenntniß aller Schweizer Briefe, ebenso tapfer als die Schweizer. Mehrere Franzosen und Engländer nahmen an der Bedienung der sizilianischen Geschütze Theil. — Die Flottille ist am 9. oder 10. in der Richtung von Syracus abgesegelt. — Nach allen Berichten haben die Königlichen bis zum 10. d. an Todten Verlust 150—180, an Verwundeten gegen 750 M.; unter Ersteren ist ein Schweizerhauptmann und wenige Artillerie-Offiziere. Von Gefangenen ist nicht die Rede. Es ist nicht wahr, daß 200 Schweizer von den Sizilianern niedergemacht, 600 in die Luft gesprengt wurden. Die wenigen Gefangenen, die ihnen in die Hände fielen, als der erste Landungsversuch vor sich ging, wurden in die Stadt geschleppt, gräulich gemordet, die Leichname der Gefallenen noch zerrissen, sogar gebraten, in den Straßen als „Neapolitanerfleisch“ zum Verkauf ausgeschrieen. — So eben heißt es, die Gesandtschaften von England und Frankreich haben die augenblickliche Einstellung des Krieges in drohendem kategorischen Imperativ verlangt. Diese Einschreitung käme jedenfalls sehr verspätet, nachdem man vorher der Zerstörung Messinas ruhig zugesehen. Seit gestern früh liegen wieder fünf englische und ein französisches Linienschiff vor dem Hafen, Dampfboote beider Flaggen kommen und gehen beständig. — Hier haben wir tiefe Hoftrauer, die Königin Mutter ist gestern nach längerer Krankheit gestorben. Der Zustand der Hauptstadt ist im Wesentlichen unverändert: Gährung unter den Liberalen und dem Volk, Unzufriedenheit auch der Gemäßigtsten mit der jetzigen Regierung und Uebermuth der Militärpartei. (Schw. M.)

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau,** 25. September. [Oeffentliche Sitzung des deutschen Volksvereins vom Sonntag den 24sten d.] Saal und Gallerien sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag von Dr. Borchardt, dahin lautend: In Anbetracht der letzten Ereignisse in Frankfurt beschließt der deutsche Volksverein 1) einen Aufruf an das deutsche Volk, indem er seine Entrüstung über das Attentat gegen die National-Versammlung ausspricht; in dem er ferner erklärt, daß er keinen andern Ausdruck der Volkssouveränetät anerkenne, als den der Majorität der National-Versammlung, und daß er daher Unterwerfung unter die Beschlüsse derselben fordere. 2) Eine Adresse an die National-Versammlung, in welcher der Verein ausspricht, daß er diesen gewaltthätigen Angriff auf die National-Versammlung als eine strafwürdige Verletzung der Volkssouveränetät ansehe, — zugleich aber die Aufforderung an die National-Versammlung richte, sie möge von der Emanirung eines Präventivgesetzes zu ihrem Schutze absehen, und im Gegentheile fest darauf bauen, daß ihre Würde und die Entrüstung, die dieses Attentat in dem größten Theile des deutschen Volkes hervorgerufen hat, die besten Schutzmittel gegen die Wiederkehr eines ähnlichen Angriffes seien. — Der Antrag erhielt mehrere Amendements. Eines von Honigmann, daß die Adresse auch die Mißbilligung über die Ratifikation des Waffenstillstandes enthalte. Ein anderes von Scholz, daß in dem Aufruf gesagt werde, die Wähler müßten ihre Abgeordneten zurückberufen, wenn sie nicht in ihrem Sinne gestimmt. — Antrag und Amendements wurden nach vielen Seiten hin begründet. Vom prinzipiellen Standpunkte aus mußte zugestanden werden, daß jeder gewaltsame Angriff auf die frei gewählten Volksvertreter, er komme, von welcher Seite er wolle, ein verbrecherischer Akt sei, und daß die Volksrepräsentation ganz illusorisch würde, wenn man jedem Volkshaufen das Recht einräumen wollte, gegen Majoritätsbeschlüsse mit

„Gewalt der Waffen“ einzuschreiten. Diese Ueberzeugung öffentlich auszusprechen wurde aber auch deswegen für nothwendig erkannt, weil die Reaction gar zu gern jenes Attentat der Demokratie im Allgemeinen zuschreiben möchte, und in der That auch zuschreibt. Hier gilt es nun, daß der Verein diesen der Demokratie gemachten Vorwurf ablehne, daß er über sein Verständniß des demokratischen Prinzips öffentlich Rechenschaft gebe, selbst auf die Gefahr hin, von einer weiter gehenden demokratischen Partei als halb und unentschieden bezeichnet zu werden. Dieser Vorwurf der Halbheit würde den Verein dann treffen, wenn er das, was er als recht und wahr erkannt, auch öffentlich auszusprechen Anstand nehmen würde. — Antrag und Amendements wurden von dem Verein mit großer Majorität angenommen. — Hierauf bestieg ein Wiener Student, der als Gast in den Klubb eingeführt worden, die Tribüne. Ein lauter Beifall empfing ihn. Er sprach mit vieler Wärme von Dem, was die Wiener Demokraten gethan, und äußerte sich schließlich in mißbilligender Weise über den eben gefaßten Beschluß. — Diese Rede wurde von dem Geschäfts-Präsidenten des Vereins, Herrn Pflücker, beantwortet. Er ehre das Gefühl, das den Gast zu der Mißbilligungs-Aeußerung getrieben, allein der Verein könne sich nicht von Gefühlsaufwallungen bestimmen lassen. Es gebühre den Männern, die mit Aufrichtigkeit für das Wohl und die Freiheit des Volkes arbeiten, sich selbst Maß und Grenze zu setzen, ohne welche man niemals hoffen kann, eine dauernde und sichere Wohlfahrt für das Volk zu begründen. Mit bloßen Gefühlen könne man keine Staaten bauen, und es werde uns kein Heil daraus entspringen, wenn man das Schicksal der Völker jeder Zeit durch die Gewalt der Waffen wolle entscheiden lassen. — Nachdem noch die Herren Dyhrenfurth und Borchardt über dasselbe Thema gesprochen, wurde zur Tagesordnung übergegangen, und das Rundschreiben verlesen, welches der Verein an die Provinz zu erlassen schon früher beschlossen hatte. Das Schreiben spricht sich in sehr klarer und gediegener Weise über die Prinzipien des Vereins und seine Auffassung der Demokratie aus, was sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen läßt. Zunächst ist der Verein bei seiner Constituirung von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die Frage der deutschen Einheit der Ausgangs- und Zielpunkt aller Bestrebungen für unsere politische Wiedergeburt sein müsse. Bei allen Sympathien also, die der Verein für die demokratischen Bestrebungen anderer Stämme und Staaten hege, und zu bethätigen bereit ist, sehe er doch seine vorzüglichste Aufgabe darin, für die endliche Gestaltung der deutsch-vaterländischen Verhältnisse seine Kräfte einzusetzen, ohne sich in vage kosmopolitische Tendenzen zu verlieren. Daß der Verein für die Gestaltung der deutschen Verhältnisse die Form der Föderativ-Republik und die unbedingte Unterwerfung der Partikular-Interessen unter das Allgemeine verlangt, beweist, daß er von jeder Halbheit in dieser Haupt- und Grundfrage der politischen Zukunft fern ist. — In Bezug auf die deutschen Einzelstaaten hält es der Verein für eben so unberechtigt als gefährlich, eine bestimmte Regierungsform, wie etwa die demokratische Republik, als die absolute geltend zu machen. Die Staatsform soll der Ausdruck des Volkswillens sein, und man sei unberechtigt, dem jetzt unzweifelhaft sich noch in einer andern Form kundgebenden Volkswillen entgegenzutreten. Nur die ewigen und unabweisbaren Bedingungen jeder demokratischen Verfassung müssen festgehalten werden. — Drittens endlich ist der Verein von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Erfüllung des Staatszweckes, der in allen politischen Formen seine Anerkennung finden muß, die materielle und sittliche Wohlfahrt Aller ist, und daß es daher die heiligste Aufgabe des Staates ist, die soziale Frage in die Hand zu nehmen. Aber gerade darin hat der Verein sich bemüht, eine feste Grenze für die Verpflichtung des Staates zu ziehen, um nicht in das Gebiet jener utopischen Illusionen über die Zukunft der Gesellschaft zu verfallen, die nur mit einer grauenvollen Enttäuschung enden. Der Staat kann unmöglich die Gewährleistung der Wohlfahrt jedes Einzelnen selbst übernehmen, aber die Gewährleistung der Möglichkeit für Alle, diese Wohlfahrt zu erstreben und zu erreichen. Das kann er durch Beseitigung aller Hindernisse, die der gleichen Berechtigung Aller noch entgegenstehen, und durch die allein die sozialen Mißverhältnisse erzeugt werden. — Auf diesem Standpunkte will der Verein in seiner praktischen Einwirkung auf die öffentlichen Zustände das Maß und die Besonnenheit einhalten, die einer so großen Aufgabe allein würdig sind, und stets darauf bedacht sein, die Würde seines Prinzips auch in den Mitteln, durch welche für jenes gekämpft wird, nicht einen Augenblick zu vergessen. — Dies etwa ist der Inhalt des Rundschreibens, durch welches die Vereine der Provinz zum gemeinsamen Wirken mit dem deutschen Volksverein aufgefordert werden.

...ss **Breslau**, 26. September. [Im demokratischen Vereine] des Café restaurant wurden gestern mehrere Mittheilungen gemacht über die Volks-Versammlungen in der Provinz. Bemerkenswerth ist das Projekt einer Bürgerkavalerie, die von den Landgemeinden leicht begründet und unterhalten werden könnte. Es kam dann das Verhältniß der linken Centren in den Kammern zur Sprache; man beschuldigte sie der Halbheit, Unentschiedenheit und Stellenjägerei, und bezeichnete sie als Urheber in allen Niederlagen, welche in jüngster Zeit die gute Sache des Volks erlitten habe. Aber auch die Linke wurde streng getadelt, daß sie sich aufs Politisiren und Transigiren eingelassen habe und daher nicht in jedem Punkte bei ihrem Prinzipe fest verharrte. Die Vorgänge in Frankfurt wurden bedauert und man fand es für nothwendig, daß die Demokratie von jetzt ab nur defensiv verfahre. — Die Anzeige von der Stiftung zweier demokratischer Frauen-Vereine, welche bei der deutschen Nat.-Verf. die Emanzipation des Weibes beantragen wollen, kam zum Vortrage. Der Andrang von Zuhörern machte es uns unmöglich, den Verhandlungen in den Klubbs länger beizuwohnen. Gestern reisten 20 Abgeordnete der Wiener Studentenschaft hier durch. Sie begeben sich im Auftrage ihrer Regierung, welche ihnen auch Diäten bewilligt hat, nach der Wartburg, um an den Berathungen über die Reform des Universitätswesens Theil zu nehmen. Die Deputirten für die Universität Grätz werden noch erwartet.

---

† **Breslau**, 26. September. [Leichensteine.] Bei dem Aufgraben eines Kellers im Rathhause fand sich ein eigenthümlicher Schatz vor. Leichensteine aus dem 14. Jahrhundert mit hebräischen Inschriften bildeten einen Theil der Mauer und des Pflasters. Die Skulptur an denselben ist noch roh, die Buchstaben erscheinen oft ganz undeutlich. Aus dem einen, welcher im Jahre 1313 einer Frau gesetzt wurde, die den Feuertod erlitt, geht hervor, welch schrecklichen Verfolgungen die Juden damals ausgesetzt waren. Schlesien gehörte in jener Zeit zu Böhmen, welches Kaiser Heinrich VII. mit Deutschland vereinigt hatte.

** **Breslau**, 26. Sept. [Große musikalische Abendunterhaltung im alten Theater.] Nächsten Donnerstag wird Madame Ubrich, Mutter unserer beliebten Sängerin, des Fräul. Ubrich, ein musikalische Abendunterhaltung im alten Theater veranstalten, in welcher neben Mitgliedern unseres Theaters auch die anwesenden Gäste mitwirken werden. Der Abend wird ohne Zweifel gar Vieles des Guten und Schönen bieten, worauf wir das Publikum aufmerksam zu machen, nicht unterlassen können.

Theater.

In der am Sonntage zum Benefiz für Frau Küchenmeister stattgehabten Vorstellung der Marschner'schen Oper „Templer und Jüdin“, entwickelte Frau Küchenmeister als Rebecka in genialer Weise ihr schönes und großes Talent für dramatische Charakterzeichnung. Mit rührender, tief ergreifender Wahrheit gab sie das Bild der armen, verfolgten Jüdin. Momente, wie im ersten Akt, an der schwindelnden Höhe des Thurmes, oder wie im letzten Akt, im Ausdruck der größten Seelenpein, trugen überzeugendes Leben in sich und mußten daher auch die größte Wirkung hervorbringen. In gleichem Geiste führte die Künstlerin die musikalische Partie der Rolle aus und was eine ausgezeichnete Bildung und Virtuosität zu leisten vermag, das geschah. Die Partie ist aber an sich, namentlich die große Scene des ersten Akts, so unsangbar, so wenig der menschlichen Stimme zugerechnet, daß, ungeachtet aller Kunst, das Forcirte und das Unnatürliche dem Ohre zu oft entgegentreten muß. Der Komponist, der noch in dem frischen Lebensalter steht und seit der Geburt dieses seiner frühern Werke gewiß reiche Erfahrungen gesammelt hat, sollte manche Scene in der Partie der Jüdin einer Umarbeitung unterwerfen; er würde dadurch die Oper um Vieles länger der Zeit erhalten und alle Sängerinnen der Rebecka zum wärmsten Dank verpflichten.

Die ganze Darstellung indessen schien sehr unsorgfältig vorbereitet, sie hatte nichts sonntägliches in und an sich. Die übrigen Choriphäen unserer Oper waren heute mancher Schwäche unterworfen und selbst das Orchester trug kein Feierkleid. Schweigen wir! es ist kein Vergnügen, Schäden zu seciren und Gebrechlichkeiten zu enthüllen! Hoffentlich wird die heutige Darstellung der „Hugenotten“ die Scharte auswetzen.

Frau Küchenmeister als Valentine und Herr Kahle als Raoul werden darin vom Publikum Abschied nehmen. Welche Zierde, welche mächtige Stützen die hiesige Oper an den Scheidenden besaß, bedarf hier keiner Erwähnung; unser kunstverständiges Publikum weiß es zu würdigen und muß mit der Kritik den Verlust beklagen. d.

✱ **Breslau**, 26. Sept. In dem Zeitraum vom 25. bis incl. 30. d. M. wurden Seitens der hiesigen Stadt-Bau-Deputation 68 Maurer-Gesellen, 42 Zimmer-Gesellen, 6 Steinsetzer, 4 Mühlenbauer, 4 Schirrarbeiter und 444 Tagearbeiter bei öffentlichen Bauten beschäftigt.

Breslau, 26. Sept. [Berichtigung.] Ein Artikel (** Breslau) in der gestrigen Zeitung giebt die Gründe, aus welchen der Oberst und die Adjutanten der hiesigen Bürgerwehr ihre Aemter niedergelegt haben sollen, nicht richtig an. Die Genannten haben deshalb nämlich ihre Entlassung eingereicht, weil mehre Bataillons-Klubbs Beschlüsse faßten, welche in das dienstliche Verhältniß der Bürgerwehr einzugreifen drohten.

✱ **Liegnitz**, 25. Sept. [Eine sehr nothwendige Adresse.] Wenn das Sprüchwort: „Wer ein Amt hat, der warte seines Amtes“ eine tiefe und ernste Wahrheit ausspricht, so wird es gewiß Niemanden in Verwunderung setzen, daß die häufigen Sitzungs-Versäumnisse, deren sich eine große Anzahl Abgeordneter sowohl in Frankfurt als auch in Berlin bis jetzt haben, vielleicht oft ohne Noth, zu Schulden kommen lassen, die hiesige Einwohnerschaft mit gerechtem Unwillen erfüllt und zu scharfen Reflexionen veranlaßt hat. Besonders ist diese Angelegenheit in der letzten Sitzung des demokratischen Vereins ernstlich besprochen und in Folge dessen nachstehende Adresse an die Nationalversammlung nach Berlin abgeschickt worden: „Hohe Nationalversammlung.

Mit tiefem Bedauern haben wir zu wiederholten Malen aus den stenographischen Berichten ersehen, daß bei den wichtigsten Beschlüssen einer hohen Nationalversammlung oft bis der vierte Theil derselben abwesend gewesen ist. Wir glauben, daß das Volk ein wohlbegründetes Recht hat, zu verlangen, daß seine Vertreter ihr hochwichtiges Amt nicht als eine Nebensache betrachten, wir glauben, daß es wohl wenig Ursachen geben mag, sich einem so hohen folgenreichen Berufe, wie der eines Deputirten ist, zu entziehen; — wir glauben daher, daß auch der Unwille des Volkes über eine so gleichgültige Auffassung des Amtes eines Volksvertreters ein sehr gerechter genannt werden muß und bitten eine hohe Nationalversammlung wolle dahin wirken, daß in Zukunft möglichst sämmtliche Abgeordnete des Volkes in den Sitzungen gegenwärtig sind, nur „wahrhaft“ dringliche Urlaubsgesuche berücksichtigt, so wie die Stellvertreter abwesender Deputirten unverzüglich einberufen werden.

Liegnitz, den 23. Septbr. 1848.“

Folgen die Unterschriften.

Eine andere Adresse wurde lediglich an die Linke in Berlin gerichtet. Sie enthielt eine Aufmunterung, resp. Aufforderung, muthig zusammen zu halten. — Auf den Antrag eines Mitgliedes wurde ferner eine Ansprache in gleichem Sinne an das Berliner Volk gerichtet.

---

x. **Leobschütz**, 24. Septbr. [Ein politischer Verein. — Neue periodische Blätter.] Die veränderten politischen Zustände haben auch in dieser Stadt die gewöhnliche Erscheinung zur Folge gehabt, daß ein neuer Verein sich bildete. Derselbe hatte Anfangs nur den allgemeinen Zweck, die Bewohnerschaft auf den Standpunkt zu erheben, von dem aus sie die politischen und socialen Bewegungen der Jetztzeit richtig beurtheilen und demgemäß daran sich betheiligen könnte. Gegenseitige Belehrung der Mitglieder, die sich aus allen Ständen dem Vereine angeschlossen hatten, war also das nächste alleinige Ziel. Man lehnte es deshalb ab, dem Vereine sogleich einen politischen Namen beizulegen, und nannte ihn vorerst nur Bürger-Verein. Vorträge über mannigfache Gegenstände aus dem angegebenen Bereiche wirkten in diesem Sinne. Vor etwa einem Monate hielt man es endlich für angemessen, dem Vereine einen politischen Namen zu geben, und in einem Programme die Richtung desselben öffentlich zu bezeichnen. Derselbe ist ein constitutioneller und will seine Thätigkeit auf Befestigung der constitutionellen Monarchie auf demokratischer Grundlage richten. Erwähnenswerth sind vorzüglich die Bemühungen des Gymnasial-Oberlehrers Tresko, der bei seiner entschiedenen Freisinnigkeit und bei aller Anerkennung der gerechten Forderungen der Zeit doch stets die Besonnenheit bewahrt, die wir zur Erreichung eines jeden dauerhaften Gutes, so hier zur Behauptung des jetzt Möglichen in unsern politischen Zuständen gehört. Er hat sich daher mit aller Macht dem von einem Vereinsmitgliede beantragten Anschluß an den Breslauer demokratischen Hauptverein widersetzt, theils aus andern Gründen, theils vornämlich deshalb, weil dadurch ein nur zu gegenseitigem Parteihaß führender Riß in der hiesigen Bevölkerung entstanden wäre, deren Stimmung zum großen Theile jenem Vereine nicht günstig ist, und er es für besser hält, entgegenstehende Meinungen durch freundliches Entgegenkommen zu der besseren Ueberzeugung herüberzuführen, als sie von vorn herein zurückzustoßen. — Neben diesem Vereine ist zu derselben Zeit, obschon unabhängig davon, die erste belehrende Wochenschrift im Orte, der „Oberschlesische

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 226 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 27. September 1848.

(Fortsetzung.)

Volksfreund“ ins Leben getreten, der bald darauf in dem Stadtblatte einen Bruder unter demselben Redakteur, dem Buchhändler Dülfer erhielt. Der Volksfreund, obschon zu allgemeiner Heranbildung des Volkes durch Aufsätze über Landeskultur, Gewerbethätigkeit, Handel und durch unterhaltende Lebensbeschreibungen, namentlich zur Besprechung örtlicher Verhältnisse bestimmt, nahm bald auch eine politische Färbung an, und scheint zu einem Organ des hiesigen constitutionellen Vereins werden zu wollen; in neuester Zeit bringt er eine Reihe Erklärungen der vielfach gebrauchten Schlagwörter der Zeit, Demokratie, Volkssouveränetät u. A. Das Stadtblatt enthält Berichte und Kritiken über die Stadtverordneten-Versammlungen, des Vereins und überhaupt der städtischen Zustände. Leider ist die Theilnahme daran gerade bei den wohlhabenderen Bürgern aus Mangel an Sinn für allgemeine öffentliche Angelegenheiten nicht so groß als sich erwarten ließe. — Endlich hat der Verein in der letzten Zeit noch eine neue Schöpfung zu Wege gebracht, eine Bürgerressource. Sie ist wie der Verein von Leuten aus allen Ständen besucht. Die ausgesprochene Absicht der Begründer derselben ist die, auf dem Wege gemüthlicher Unterhaltung auf eine schnellere Ausgleichung aller Ständeunterschiede, vorzüglich auf sittliche und geistige Hebung der unteren Volksklassen hinzuwirken.

Breslau. Der Kaufmann Eduard Julius Held in Glatz und der Kaufmann Joseph August Mader in Habelschwerdt als Agenten der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für diese Städte und Umgegend bestätigt. Der Premier-Lieutenant und Feldmesser Brandt in Oels als Agent der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für Oels und Umgegend bestätigt. — Der Magistrat von Freiburg hat dem Hauptlehrer eine Gehalts-Zulage von 20 Rtlr. jährlich bewilligt. — Der Sergeant der 10ten Kompagnie 23sten Infanterie-Regiments Karl Schmidt zu Glatz hat am 27. August d. J. dem in den dortigen Mühlgraben gestürzten Tagearbeiter Anton Stephaneck mit eigener Gefahr das Leben gerettet. Für diese verdienstliche, der Nacheiferung würdige Handlung ist der Karl Schmidt mit einer Prämie von 5 Rtlr. belohnt worden. — Bestätigt: der frühere Lehrer zu Herzogswalde, Baumert, als katholischer Schullehrer und Organist zu Puschwitz, Kreis Neumarkt; der bisherige Schuladjuvant August Baudisch zu Langenbielau als katholischer Schullehrer, Organist und Küster in Köben.

(Vermächtnisse.) Der verstorbene Pfarrer Joseph Schöppe zu Wiesenthal, Münsterberger Kreises, hat dem Tschirschschen barmherzigen Institut zu Frankenstein die Summe von 1000 Rthlr. zu Unterhaltung eines Krankenbettes, und außerdem nach dem Tode seiner Wirthin Maria Deutsch zahlbar 500 Rthlr. für die armen Inlieger und Hausarmen der Gemeinden Wiesenthal, Rätsch und Reumen legirt.

Inserate.

Stadtverordneten-Versammlung

am 28. September d. J., Nachmittag **drei** Uhr.

Verzeichniß der wichtigsten Gegenstände der Berathung.

1. Verpachtung der Fischerei im Oberwasser der Oder.
2. Verdingung der Brotlieferung für die Frohnveste und für das Polizei-Gefängniß.
3. Wahl eines Feuer-Kommissarius für den Accise-Bezirk.
4. Anstellung eines zweiten Nachtwächters in dem Nikolai-Bezirk, Abtheilung I.
5. Bewilligung mehrerer Zuschüsse zu den Verwaltungskosten.
6. Bewilligung der Kosten zur Anschaffung der benöthigten Signalhörner und Kartouchen für die Bürgerwehr.
7. Bewilligung der von dem Bespeisungs-Entrepreneur des Krankenhospitals zu Allerheiligen verlangten Preise für die Lieferung der warmen men Kost in den letzten drei Monaten des Jahres.
8. Kommissions-Gutachten über den Vorschlag, ein Schiedsgericht zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen Hausbesitzern und Miethern zu errichten.
9. Entwurf zu einer neuen Markt-Ordnung.

Der Vorsteher Dr. Regenbrecht.

Das handeltreibende Publikum

wird hierdurch auf das dreimal wöchentlich erscheinende „Breslauer Handelsblatt“, pro Quartal 1 Thl. $7\frac{1}{4}$ Sg. und auf den täglich erscheinenden „Börsenbericht“ pro Quartal 2 Thlr., bei täglicher Versendung mit den Nachmittagszügen aufmerksam gemacht. Alle Post-Anstalten nehmen auf diese für den Handelsstand unentbehrlichen Blätter Pränumeration an.

Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich,

Donnerstag den 28. Sept. Nachm. 4 Uhr in dem Courslokale des Börsengebäudes

sich gefälligst versammeln zu wollen.

Zu den wichtigeren Vorlagen gehören:

1. Die Errichtung einer Kornbörse.
2. Die Erwägung der im Interesse des Heringshandels wünschenswerthen Anordnungen.

Breslau, den 26. September 1848. Molinari.

General-Appell

des Veteranen-Haupt-Vereins für Schlesien

Mittwoch den 27. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr,

im Saale des deutschen Kaisers, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 13.

Der Eintritt in den Saal ist nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-Karte gestattet.

Die Kameraden werden ersucht, die Kriegsdenkmünze anzulegen.

Breslau, den 25. September 1848.

Der Vorstand des Vereins.

Hülferuf an edle Menschenfreunde.

Am 17. d. M., Abends 9 Uhr, brach hier in einer der Scheuern am äußersten Ende der Guhrauer Vorstadt Feuer aus, welches bei der vorherrschenden Schobenbedachung binnen Kurzem außer der Schäferei des Domainen-Amts, 4 Wohnhäuser, 12 Scheuern, beide mit ihrem Inhalte, nebst Stallungen und Schuppen, totat vernichtete, da bei der schnellen Verbreitung des Feuers, außer dem Vieh, fast nichts gerettet werden konnte. Die meisten der Abgebrannten sind dadurch und durch den herannahenden Winter in verzweifelte Lage versetzt worden, und flehen die so oft beanspruchte, aber immer wieder bewährte Mildthätigkeit edler Menschenfreunde an. Auch die kleinste der uns übergebenen Spenden *) wird auf das gewissenhafteste vertheilt und darüber öffentlich Rechnung gelegt werden.

Herrnstadt, den 21. September 1848.

Der Magistrat.

*) Zur Empfangnahme milder Gaben erbietet sich die Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.

Mittwoch: Benefiz und letztes Gastspiel der Frau Schreiber-Kirchberger, vom großherzoglichen Hoftheater in Schwerin; Abschiedsrollen der Frau Küchenmeister und des Herrn Kahle. **„Die Hugenotten.“** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. Königin von Navarra, Frau Schreiber-Kirchberger.

Donnerstag: Benefiz und vorletzte Gastrolle der Frau Pollert, vom ständ. Theater in Prag. **„Marie-Anne“**, oder: **„Eine Mutter aus dem Volke.“** Schauspiel in 5 Aufzügen, nach dem Französischen von Heinrich Börnstein. Marie-Anne, Frau Pollert.

Verlobungs-Anzeige.

Unsere heut erfolgte Verlobung beehren wir uns allen unsern Verwondten und Freunden, anstatt besonderer Meldung, hiermit ergebenst mitzutheilen.

Neisse, den 24. Septbr. 1848.

Amalie Möser.
Franz Müller, Stadtkämmerer.

Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich, statt jeder besonderen Meldung:

Agnes Ludewig,
Otto Nabel.

Ohlau, den 24. September 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem Mädchen zeige ich Freunden und Bekannten hierdurch an.

Breslau, 26. September 1848.

A. Dautzenberg.

General-Versammlung des schlesischen Pharmazeuten-Vereins.

Sonntag, den 1. Okt., früh 10 Uhr, und Montag den 2., Abends 7 Uhr: Neue Vorstandswahl, — Abänderung der Statuten, — Rechnungslegung.

Die Aufnahme der angemeldeten neuen Schüler in die **Bürgerschule z. h. Geist** erfolgt, so weit dies der Raum gestattet, Sonnabend den 30. September d., um 9 Uhr.

Kämp, Rektor.

Nachricht für die Herren Buchbinder.

Auf vielseitigen Wunsch liefere ich meinen **Termin-Kalender auf 1849** auch **roh** ohne Beilagen à $7\frac{1}{2}$ Sgr., mit Beilagen à $12\frac{1}{2}$ Sgr. Auswärtigen Buchhandlungen muß für Fracht und Emballage noch etwas vergütigt werden.

Carl Heymann, Verlags-Buchhandler in Berlin.

Im alten Theater

wird Donnerstag den 28. September, Abends 7 Uhr, unterzeichnete die Ehre haben, **eine dramatisch-musikalische Abend-Unterhaltung,** unter gütiger Mitwirkung der Damen Frau Küchenmeister, Fräulein Bunke, Uetz, Stotz, Rosenthal und ihrer Tochter Fanny Ubrich, und des Herrn Grunert, vom königlich würtembergischen Hoftheater, Herr Freund, vom Hoftheater zu Mannheim, und der Herren Rieger, Kahle und Pauli zu veranstalten.

Adelheid Ubrich,
Sängerin und Schauspielerin.

Bei August Cellarius in Colmar ist soeben erschienen, und bei **Aug. Schulz und Komp. in Breslau,** Altbüsserstraße Nr. 10 zu haben:

Höchst merkwürdige Weissagungen auf die ewig denkwürdigen Jahre 1848—1854.

Von Nostradamus.

Preis 2 Sgr.

Man stelle diese Prophezeihungen nicht in eine Categorie mit den schon erschienenen, man lese, prüfe und staune!

Schweizerhaus.

Donnerstag den 28. September:

Musikalische Abend-Unterhaltung vom Quintett.

Das Nähere besagt das Programm.

Tempelgarten.

Heute, Mittwoch,

großes Abend-Concert

in der neu eingerichteten Winter-Bierhalle (im Hause links par terre).

Anfang des Concerts 7 Uhr.

Gleichzeitig erlaube ich mir zu bemerken, daß sowohl kalte als auch warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit verabreicht werden.

C. W. Schmidt.

Wintergarten.

Heute, Mittwoch, großes **Concert** der Breslauer Musikgesellschaft. Anfang 3 Uhr.

Sonntag erstes Abonnement-Concert.

Sehr schöne Mahagoni-Möbel, wenig Wochen gebraucht, nebst anderen Gegenständen, auch Kleider, werden Mittwoch, 27. Septbr., Nachm. 2 Uhr, Kleinburger Chausse, 1. Haus links, 2 Treppen, dem Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkauft.

(**2te** vermehrte Auflage mit **40** anatomischen Abbildungen. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Dukaten.) Bei **Wilh. Schrey** in **Leipzig** erschien soeben in Commission:

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen **Krankheiten der Geschlechtstheile**, die in Folge geheimer Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit **40** erläuternden anatomischen Abbildungen. Von **Dr. Samuel La'Mert**, prakt. Arzte in London ꝛc. 8. 136 S.

Alle Personen, die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren, oder es noch sind, Allen, die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen, und sich nicht ganz rein von früherem Fehl wissen, Allen, die die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter durch Leiden aller Art empfinden, Allen endlich, deren Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist, — wird dieses Buch als ein sicherer wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Befestigung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was nützt Geld und Gut mit Kränklichkeit, Geschwächtheit und Erschlaffung! — Auch Eltern, Lehrer und Erzieher machen wir auf dieses Werk aufmerksam, sie werden darin Aufschlüsse finden, wie sie ihnen noch nie geworden sind.

Die **2te,** namentlich durch Abbild. ansehnl. verm. Aufl. dieses Werkes ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Herrn Laurentius, Dorotheenstraße Nr. 1 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

Eine neue große politische Zeitung in Wien!

Mit dem 1. Oktober erscheint in unserem Verlage eine neue, das ganze Gebiet der Tagesgeschichte umfassende Zeitung, unter dem Titel:

Ost-Deutsche Post,

redigirt von **J. Kuranda.**

Oesterreich, das Reich des Ostens, ist eine der wichtigsten Fragen für die Zukunft Europa's, vor Allem aber für die Zukunft Deutschlands geworden. Fast dem ganzen Gebiete der Donau entlang, innerhalb und außerhalb des Kaiserstaates, stehen die verschiedenen Nationalitäten im erbitterten Kampfe gegen einander, und dem Schicksale der deutschen Länder Oesterreichs, ihrem Verbande mit dem großen deutschen Mutterlande und dessen Gesammtvertretung in Frankfurt a. M. drohen ernste Gefahren. Ein entschiedenes Organ, welches die deutschen Interessen mit Energie vertritt, die Uebergriffe und Intriguen der feindlichen Nationalitäten und Gewalten überwacht und die gemeinsame Zukunft Deutschlands, die Integrität des deutschen Gebietes scharf ins Auge faßt, thut in diesem Augenblicke vor Allem Noth in Oesterreich.

Die **Ost-Deutsche Post** hat sich diese Aufgabe gestellt. Mehrere ausgezeichnete Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung und des österreichischen Reichstages werden die Redaktion mit Eifer unterstützen.

Eine zweite Aufgabe, welche sich diese Zeitung stellt, ist die, dem deutschen Publikum Tag für Tag ein möglichst treues und umfassendes Bild der Ereignisse, Bewegungen und Stimmungen in Wien und in den österreichischen Provinzen zu liefern. Eine ausgebreitete und wohlorganisirte Korrespondenz aus den bedeutendsten Städten wird diese Zeitung zu einem auch in der allgemeinen Politik achtungswerthen Organe machen.

Die Ost-Deutsche Post erscheint in Groß-Folio täglich (mit Ausnahme Sonntags) und ist durch alle Postämter und Buchhandlungen, in **Breslau** durch die Buchhandlung **Eduard Trewendt** zu beziehen.

Der Pränumerationspreis für Wien ist jährlich 12 fl., halbjährig 6 fl., vierteljährig 3 fl. C.-M.

Wien, im September 1848. **Karl Gerold und Sohn.**

Pränumerations-Anzeige.

Im Verlage von Leop. Sommer (vorm. Strauß) in Wien, Stadt, Dorotheergasse Nr. 1108 und **durch alle Postämter** kann pränumerirt werden auf das IV. Quartal

der

Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung.

Der Pränumerations-Preis vom 1. Oktober bis letzten Dezember in Wien beträgt 4 Fl. 30 Krz., mit täglicher Postversendung 5 Fl. 30 Krz. CM. — Auswärtige Pränumerationen geschehen bei den zunächst gelegenen Postämtern unter genau und deutlich geschriebener Adresse nebst Angabe der nächsten Poststation. — Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" erscheint **täglich zweimal** mit Ausnahme des Sonntag Abends und Montag früh, und zwar Morgens ein ganzer Bogen, Abends ein halber und so oft es nöthig, namentlich immer Montag Abends ein ganzer Bogen.

Die Redaktion dieser Zeitung wird der frühere Hauptredakteur Ernst v. Schwarzer unverweilt übernehmen, sobald dessen wiederholte Bitte um Enthebung von seinem gegenwärtigen Amte angenommen ist.

Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" wird fortan eine vermittelnde, versöhnende Stellung einnehmen und festhalten. Die Parteien haben sich gebildet, Theorie und Praxis stehen einander feindlich gegenüber. Die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung" wird fortfahren zu zeigen, was die erstere fordert, aber von nun an mehr hervorheben, was die letztere zuläßt. Sie hat redlich mitgeholfen, so lange es galt, das Alte, unbrauchbar Gewordene niederzureißen; sie wird dies auch ferner thun, doch wird sie den Zeitpunkt nicht verkennen, welcher endlich ein Ruhepunkt werden will; sie wird nun vorzüglich mithelfen aufzubauen, zu organisiren, und einen geordneten Gang in das wild bewegte öffentliche Leben der Gesellschaft und des Staates zu bringen.

Diesem Unternehmen sind neue, ausgezeichnete Kräfte gewonnen worden; die Tages-Neuigkeiten werden mit möglichster Schnelligkeit und fast durchgängig in Original-Correspondenz aus dem In- und Auslande geboten, und die Reichtags-Berichte und Reichtags-Kritik durch bewährte Berichterstatter und Publicisten besorgt.

Somit wird die „Allgemeine Oesterreichische Zeitung", welche durch die öffentliche Meinung schon längst als das wichtigste politische Organ des Kaiserstaates anerkannt ist, durch unausgesetztes Streben ihren rühmlichen Ruf bewahren.

Die Expedition, welche während der Uebergangsperiode von der Post in die Hände des Verlags zu mehreren Klagen Anlaß gab, erfolgt jetzt auf das Regelmäßigste, und allfälligen Beschwerden soll ungesäumte Abhilfe werden.

Der Verlag der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung.

Bonner Zeitung.

Neues Abonnement.

Die Bonner Zeitung erscheint seit Anfang Mai im Verlage der Unterzeichneten und unter Redaktion des Herrn Dr. **Gottfried Rinkel,** außerordentlichen Professor der neueren Kunst-, Literatur- und Kulturgeschichte an hiesiger Universität.

Dieselbe wird in ihrer bisherigen, nämlich der rein demokratischen Richtung ihr Wirken auch im nächsten Vierteljahr fortsetzen. Die von allen Seiten entgegenkommende Theilnahme hat uns in den Stand gesetzt, in den bedeutenden Städten des Vaterlandes Mitarbeiter zu gewinnen, und wichtige Nachrichten noch rascher als bisher zu bringen. Daneben werden wir alles Oertliche von Bedeutung, die Universität, das neue Theater 2c. ins Auge fassen. Ein unterhaltendes Feuilleton giebt zeitgemäße Erzählungen und Aufsätze über Kunst und Literatur. Das montägige Handwerkerblatt vertritt die Interessen des Gewerbestandes.

Jedem unserer Abonnenten geben wir auch für's nächste Quartal für 20 Sg. Inserate und Anzeigen frei.

Der Preis des Blattes beträgt für ganz Preußen durch die Post bezogen vierteljährlich $1\frac{1}{2}$ Thlr.

Wir empfehlen dieses Blatt besonders auch den Rheinländern, welche in anderen Provinzen leben, indem es gerade aus ihrer Heimath ihnen das Neueste sorgfältig und möglichst vollständig zubringen wird.

Bonn, 24. September 1848. **Die Expedition der Bonner Zeitung. Sulzbach und Krüger.**

Einladung zum Abonnement

auf die

Rheinische Volkshalle.

Diese neue politische Zeitung, das Organ der Katholiken, wird vom 1. Oktober c. ab in Köln täglich, mit Ausnahme der Montage, in großem Formate erscheinen, redigirt von drei bewährten Publizisten, unter Mitwirkung von vielen tüchtigen Korrespondenten.

Der **Abonnementspreis** beträgt für Köln vierteljährig 1 Thlr. 15 Sgr., für alle übrigen Orte in Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. Für die Plätze außerhalb Preußens mit Zuschlag des ausländischen Portos.

Inserate kosten 1 Sgr. 3 Pf. per vierspaltige Petitzeile oder deren Raum.
Bestellungen werden bei allen Postämtern und Buchhandlungen angenommen.

Der Gerant **H. Stienen.**

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia.

Nachdem der Unterzeichnete die bisher von dem Herrn J. Schubert verwaltete Spezial-Agentur für Breslau und Umgegend übernommen und in seiner Eigenschaft als Agent der Colonia die Bestätigung der königlichen Regierung erlangt hat, beehrt sich derselbe hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß er Anträge auf Versicherung von Gebäuden, häuslichem Mobiliar und Waaren aller Art, sowie von landwirthschaftlichen Erzeugnissen gegen feste Prämien entgegennimmt, und die Antragformulare, welche selbst die Anleitung zu ihrer Ausfüllung enthalten, jederzeit unentgeltlich verabfolgt, auch selbst dabei bereitwillig zur Hand gehen wird.

Breslau, im September 1848.

J. R. Schepp, Agent der Colonia, Neumarkt Nr. 7.

Präparirter Pfeffermünz-Zucker.

Als Schutzmittel gegen die Cholera und heilkräftig für Magenleidende, vielseitig begehrt.

Neuerdings erprobt und außerordentlich begutachtet durch den königlich preußischen Medizinal-Rath, Gouvernements-Stabs-Arzt 2c. Herrn Dr. Gräfe 2c. ist wieder vorräthig bei:

Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.

Preis à Karton $2\frac{1}{2}$ Sgr., stärkerer à 5 Sgr.

In **Posen** ist dieser Zucker deponirt bei Herrn Apotheker Jonas, Breslauerstraße Nr. 30; in **Kosel** bei Hrn. J. G. Worbs; in **Hirschberg** bei Hrn. Theodor Gyrdt; in **Züllichau** bei Hrn. D. R. Gumpertz; in **Ratibor** bei Hrn. Sobtzik.

Den Empfang meiner **Leipziger Meß-Waaren** nebst den neuesten **Pariser Modells** zu **Mänteln** und **Burnussen** zeige ich hiermit ergebenst an, und bemerke, daß ich sowohl in **feinen Mode-Artikeln** wie auch in **billigsten Stoffen** zu Hauskleidern mit einer großen schönen Auswahl aufwarten kann.

J. Brandy,
am Ringe Nr. 30, im alten Rathhause.

Gute Aufnahme finden Pensionärs

unter billigen Ansprüchen, sowie Privat-Unterricht und höchst aufmerksame Erziehung in einem anständigen Hause, hier Beköstigung am Tische des Erziehers, Erholung in väterlicher Aufsicht. Näheres wird Herr Kaufmann **Groß,** am Neumarkt 42, gütigst mittheilen.

Den ersten Transport meiner neuen Leipziger Meß-Waaren, worunter die neuesten mollenen Kleider- und Mäntel-Stoffe, so wie Modells fertiger Mäntel sich befinden, habe ich bereits empfangen.

A. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Auktion. Am 2. Oktbr. d. J. Vorm. 9 Uhr werde ich in Nr. 20 Hummerei diverse Werkzeuge für Metall-Arbeiter und demnächst einige Mobilien versteigern.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Schul-Anzeige.

Den 2. Oktober beginnt in meiner Schul-Anstalt für Töchter ein neuer Lehr-Kursus. Wegen Aufnahme von Schülerinnen bin ich jederzeit zu sprechen. **C. Thiemann,** Oderstraße Nr. 7, 2te Etage.

Die Renovat.-Loose 3. Kl. 98. Lott. Nr. 4331 a. und 48842. $\frac{1}{4}$ sind den rechtmäßigen Spielern abhanden gekommen. Es wird vor deren Mißbrauch gewarnt und soll ein etwa darauf fallender Gewinn nur an den in meinen Büchern eingetragenen Inhaber bezahlt werden. Breslau, 25. Sept. 1848.

Froböß, königl. Lotterie-Einnehmer.

Wandelt's Institut für Flügel-Unterricht, im Einhorn am Neumarkt, beginnt einen neuen Kursus mit dem 2. Oktober. **Wandelt.**

Eine gebildete Dame sucht einen Platz als Gesellschafterin und Aufseherin über die Wirthschaft bei einem bejahrten Herrn. Das Nähere auf portofreie Briefe unter der Adresse B. G. Breslau poste restante.

Zu verpachten, auch zu verkaufen, bin ich beauftragt, eine große Herrschaft in Westpreußen, mit 23,000 Morgen Fläche, Acker, Wiesen, Forst, Brau- und Brennerei, massiv neu erbautem Schlosse, Garten 2c. preismäßig. **Tralles,** Kommissionär, Messergasse 39.

Ein gut gelegenes Spezerei-Waaren-Detail- und Liqueur-Geschäft nebst Tabakfabrik in einer der lebhaftesten Garnisonstädte Mittel-Schlesiens ist unter ganz soliden Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Das Nähere Schmiedebrücke Nr. 2, beim Mechanikus Jäkel.

Haufenen Spritzen-Schlauch Wachs- und Cylinder-Dochte

offerirt in bester Qualität:

Eduard Vetter, Junkernstraße Nr. 8, 1. Etage.

Ziegeln,

gut gebrannt, offerirt das Dom. Pöpelwitz.

Elbing. Neunaugen

empfing und verkauft billigst:

C. F. Rettig,

Kupferschmiede - Strasse

Nr. 26.

Jagdgewehre,

Pistolen, Terzerole, Jagdtaschen und vieles Jagdgeräth werden nur bis 2. Oktober d. J. unterm Kostenpreise verkauft:

Ring Nr. 35, eine Treppe.

Möbel-Damaste

in Wolle, Baumwolle und Leinen empfiehlt zu billigen Preisen die Handlung:

Metzenberg und Jarecki,
Kupferschmiedestraße zur Stadt Warschau.

Der wirkliche Ausverkauf

von den leinenen und baumwollenen Waaren (wobei sich auch wollene Unterziehjacken befinden), zn billigen Preisen, weit unterm Einkauf wird fortgesetzt am Rathhause Nr. 1, vormals Fischmarkt.

Alte und junge Kanarienvögel sind am Neumarkt Nr. 19, im ersten Stock, zu verkaufen.

In der Speiseanstalt „zum weißen Engel" Kupferschmiede-Straße Nr. 11, wird täglich Mittag und Abends höchst billig and gut gesŀeist.

Die bekannten Dr. **Schmidt**schen Zahn-Medikamente sind von jetzt ab in der Kunst-Handlung des Herrn Karsch, Ohlauerstraße Nr. 69 zu bekommen.

---

6 Stühle und eine Wiege mit Matratze ist billig zu verkaufen Weidenstr. 25 par terre, im Hofe rechts die erste Thür, bei Schmidt.

Gute reine Federbetten

sind wieder in allen Gattungen billig zu verkaufen: Schmiedebrücke Nr. 51, im weißen Hause, 2 Treppen.

Offene Milchpacht.

Bei der Scholtisei in Groß-Mochbern ist vom 1. Oktober an die Milch zu vergeben, und wird täglich sehr früh nach der Stadt geschickt. Näheres bei **S. Silberstein,** Karlsstr. Nr. 45.

Gebrauchte und neue Wagen sind billig zu verkaufen Hummerei Nr. 17.

Zu vermiethen

und bald zu beziehen ist Reuschestr. Nr. 51 der dritte Stock, bestehend in vier Stuben, Entree, Alkove, heller Kochstube, sowie Keller und Bodengelaß; ein Comtoir nebst Remise und Lagerplätzen. Näheres beim Wirth.

Eine freundliche Parterre-Wohnung von 2 Stuben, geräumigem Kabinet, Küche und Zubehör ist an einen ruhigen Miether Nikolai-Vorstadt Fischerstraße Nr. 13 sofort zu vermiethen.

Sandstraße Nr. 4

sind noch zwei freundliche Wohnungen billig zu vermiethen und Term. Michaelis zu beziehen.

Eine freundliche möblirte Stube ist am Rathhause Nr. 26 billig zu haben.

Ein großer schöner Keller mit Eingang nach der Straße ist billig zu vermiethen: Kupferschmiedestraße Nr. 10.

Eine freundliche Wohnung von 4 Stuben nebst Zubehör, ganz, auch getheilt, ist bald oder zu Weihnachten zu vermiethen Ritterplatz 7.

Neue Taschenstraße Nr. 6b, 3 Stiegen, sind zwei möblirte ein- und zweifenstrige Stuben zusammen zu vermiethen.

Zu vermiethen

ist Schmiedebrücke Nr. 54 ein Gewölbe und zugleich auch die zweite Etage, und zu jeder beliebigen Zeit zu beziehen. Das Nähere zu erfragen Oderstraße Nr. 33 im Fleischgewölbe.

Büttnerstraße Nr. 6

ist eine große Remise nach vorn heraus zu vermiethen. Näheres im Komptoir.

Neumarkt Nr. 32, Sonnenseite, ist die renovirte zweite Etage zu vermiethen und bald zu beziehen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

General-Lieutenant Hiller v. Gärtringen aus Thiemendorf. Oberstlieutenant Hoffmann und Lieutenant Theinert aus Glogau. Oekonomie-Kommissarius Gruner aus Reichenbach. Haupt-Steueramts-Rendant Förster aus Ratibor. Ober-Amtmann Braune aus Grögersdorf. Gutsbesitzer Baron v. Bissing a. Beerberg. Kaufmann Barnach aus Wien. Kammerherr Graf v. Poninski aus Groß-Herzog. Posen. Landrath v. Prittwitz-Gaffron aus Hennersdorf. Kaufmann Berler aus Triest. Frau Dubion aus Paris.

Breslau, den 26. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{1}{4}$ Gld. Polnisches Courant $94\frac{3}{4}$ Gld. Oesterreichische Banknoten $95\frac{1}{4}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 73 Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 96 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $78\frac{5}{12}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 90 Gl., Litt. B 4% $92\frac{3}{4}$ Br., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{1}{2}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% $90\frac{1}{4}$ Gld., neue $90\frac{1}{4}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $86\frac{3}{4}$ Br. Ober-schlesische Litt. A $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{4}$ Br., Litt. B $89\frac{1}{4}$ Br. Krakau-Oberschlesische 43 Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{1}{2}$ Gld. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $75\frac{1}{4}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $42\frac{3}{4}$ Br.

Berlin, den 25. September.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $75\frac{1}{2}$ u. $\frac{3}{4}$ bez., Prior. $4\frac{1}{2}$% $88\frac{3}{4}$ Br. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{1}{2}$ à 69 bez., Prior. 5% $94\frac{1}{4}$ bez., Ser. III. 5% $87\frac{3}{4}$ Br. Oberschlesische Litt. A $3\frac{1}{2}$% $88\frac{3}{4}$ u. 89 bez. Litt. B $88\frac{3}{4}$ u. 89 bez. Rheinische 53 zu machen, Prior. 4% $68\frac{1}{2}$ Br. Posen-Stargard 4% $66\frac{1}{4}$ bez. u. Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 43 u. $42\frac{2}{4}$ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{2}{2}$ % $73\frac{1}{4}$ bez. See-handlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $87\frac{1}{4}$ etw. bez. u. Br. Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{5}{8}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$% 78 Br. Friedrichsd'or $113\frac{3}{8}$ bez. Louisd'or $112\frac{3}{4}$ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue $90\frac{1}{4}$ Gld.

Der ministerielle Erlaß an die Armee hat eine günstige Stimmung für Fonds und Eisenbahn-Aktien an unserer Börse veranlaßt, und obgleich das Geschäft nur von sehr geringem Umfang war, so stellten sich die Course dennoch größtentheils höher.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.